



## **Unter dem Pflaster liegt der Strand ...**

**Vorbildliche Umgestaltung eines Schulhofes (S. 10 - 11)**

## Aufbauendes im Sommer

Günter Helfrich



Die Redaktion einer Gewerkschaftszeitung, die nur monatlich (oder gar zweimonatlich) erscheint, muss sich beim Formulieren immer in die nähere Zukunft versetzen. Da werden in den Schulen noch die letzten Klassenarbeiten geschrieben, Prüfungen vorbereitet etc., für den Autor ist das aber schon Vergangenheit, denn wenn die Zeitschrift in die Briefkästen der Mitglieder gesteckt wird, sind die Sommerferien bereits voll im Gange. Vermutlich ist der Stress dann auch von den Kolleginnen und Kollegen einigermaßen abgefallen, die Erholung hat eingesetzt. Wer seine freien Wochen fernab verbringt, bekommt auch keine Post von der Gewerkschaft bzw. findet diese nach Rückkehr in einem dicken Stapel. Wer dagegen zuhause bleibt, hat vielleicht sogar die Muße, mal genauer zu lesen – oder auch nicht, weil sie/er vorerst gar

nichts mit dem Berufsleben zu tun haben möchte.

Dem vermutlichen Befinden unserer Leserinnen und Leser muss eine Redaktion Rechnung tragen (oder es zumindest versuchen): Bei dieser Sommerausgabe hat sich mal wieder das leidige Thema Lehrkräftegesundheit herausgeschält. Wir legen bekanntlich vorher selten Themen fest, sondern basteln unser Blatt aus dem, was kommt, um unseren Mitgliedern Raum zu geben, sich zu artikulieren. Dieser Ansatz bewährt sich zunehmend. Jetzt war allerdings die Frage: Sollen wir im GEW-Bildarchiv mal wieder ein Foto einer ausgebrannten Lehrkraft heraussuchen, um auf der Titelseite auf den Schwerpunkt hinzuweisen. Konkret: Will sich jemand mitten in den Sommerferien herunterziehen lassen, wenn sie/er unsere GEW-Zeitung in die Hand nimmt?

Eher nicht – haben wir uns gedacht und daher ein ganz anderes Foto genommen. Es zeigt einen wunderschön gestalteten Schulhof und gehört zu einem Artikel, den uns Carmen Zurheide (GV-Mitglied, Fachgruppe Grundschulen) geschickt hat. Sie schildert darin, wie eine öde Betonwüste durch die Initiative und das Engagement einer ganzen Schulgemeinde zu einer einladenden Naturstätte der Begegnung umgewandelt wurde.

Deshalb also etwas Aufbauendes auf der Titelseite.

Dies nur mal so zur Information, was beim Basteln an einer Ausgabe alles zu beachten ist.

### Wir sind Eulen

Zeitungs- und Internetredakteure der GEW aus ganz Deutschland treffen sich einmal im Jahr abwechselnd in verschiedenen Bundesländern. Thüringen war heuer dran, dessen Hauptstadt Erfurt in jeder Hinsicht reizvoll ist.

Spannend sind dabei nicht unbedingt allgemeine Infos zur GEW-Politik, auch wenn diese sein müssen. Der konkrete Vergleich der Arbeitsbedingungen in den Landesverbänden zeigt oft ziemliche Unterschiede. Da staunt man schon, wenn man aus einem kleinen Landesverband kommt, was andere sich leisten können. Aber das ist halt wie beim Leistungssport. In der Metropolregion Rhein-Neckar gibt es bspw. beim Bundesligahandball die Löwen und die Eulen. Zehn Millionen Etat versus eine Million. Wir sind Eulen, wir sind zufrieden, wir machen das Beste daraus und müssen uns nicht verstecken.

### Neue Vorschriften zum Datenschutz

Angesichts des exzessiven Missbrauchs von Daten ist es zu begrüßen, wenn die rechtlichen Vorschriften zum Datenschutz im Mai verschärft wurden. Die Kehrseite: Wir mussten leider in den sauren Apfel beißen und unsere Rubrik „Die GEW gratuliert“ der Generation 60+ einstellen.

Alle Jubilarinnen und Jubilare vorher um ihr Einverständnis für die Veröffentlichung ihrer Daten zu bitten, würde unsere organisatorischen Kapazitäten absolut sprengen. Daher erhält der betroffene Personenkreis ab August persönliche Gratulationen der GEW-Spitze.



GEW-ZEITUNG  
Rheinland-Pfalz



### Inhalt

Editorial	Seite	2
Schulen	Seiten	3 - 13
Kultur	Seiten	14 - 15
Gesellschaft	Seiten	16 - 19
Recht	Seiten	20 - 21
Tipps + Termine	Seite	22
Kreis + Region	Seite	23
Kulturgeist	Seite	24

GEW-Forderungen durchgesetzt:

## Vertretungsverträge werden über Sommerferien bezahlt



Endlich ist es erreicht: Vertretungsverträge werden über die Sommerferien hinweg bezahlt. Was bisher nicht für alle Vertretungskräfte gegolten

hat, gilt nun generell. „Neu abzuschließende Vertretungsverträge werden bis zum Ende der Sommerferien befristet. Die Vertretungslehrkräfte werden erleichtert sein, denn sie haben nun eine finanzielle Absicherung über die Sommerferien

hinweg und müssen sich nicht mehr arbeitslos melden“, so Klaus-Peter Hammer, Vorsitzender der GEW Rheinland-Pfalz. Die Praxis, befristete Verträge mit Beginn der Sommerferien auslaufen zulassen, ist damit Vergangenheit.

Nach Meinung der GEW ist die neue Regelung mehr als überfällig. „Es wurde eine richtige Entscheidung getroffen, weil sie dazu beiträgt, die dringend benötigten Lehrkräfte im Land zu halten“, so Hammer. „Der Vertretungsbedarf ist nach wie vor sehr hoch und hat in den letzten Jahren zugenommen. Wir brauchen die Vertretungslehrkräfte, um die Unterrichtsversorgung an den Schulen zu gewährleisten. Ohne diese Kolleginnen und Kollegen wäre der Schulbetrieb nicht

mehr aufrechtzuerhalten.“

Die GEW Rheinland-Pfalz fordert nun nächste Schritte: Um der Abwanderung von Lehrkräften in andere Bundesländer entgegenzusteuern, sei es neben der Ausweitung des Vertretungspools dringend notwendig, den Schulen mehr Planstellen anzubieten, damit betroffene Lehrkräfte schneller in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis wechseln können.

„Eine erfreuliche Entwicklung“, so Hammer abschließend. „Die Landesregierung darf sich auf dieser Maßnahme aber nicht ausruhen. Es ist noch viel zu tun, um dem Lehrkräftemangel in Rheinland-Pfalz wirkungsvoll zu begegnen.“

pm

Klaus-Peter Hammer:

## „Mehr Respekt vor der Arbeit von Grundschullehrkräften“

**Mehr Solidarität unter den Lehrkräften: Die GEW Rheinland-Pfalz verurteilt Äußerungen des Philologenverbandes zur Frage einer besseren Besoldung von Grundschullehrkräften scharf.**

Klaus-Peter Hammer in einer Presserklärung nach der Veröffentlichung des Philologenverbandes: „Die steigende Geringschätzung der Arbeit an unseren Schulen ist ein generelles gesellschaftliches Problem und durchzieht alle Schulformen. Es stellt sich in der Tat die Frage, weshalb sich der Philologenverband so aggressiv gegen eine bessere Besoldung von Grundschullehrkräften stellt, wie von der GEW gefordert?

Ist es nicht so, dass allen Lehrkräften an allen Schulformen eines gemeinsam ist? Sie arbeiten in unterschiedlichen Altersgruppen mit Kindern und Jugendlichen, um diese bestmöglich auf ein eigenständiges Leben vorzubereiten. Und diese Arbeit soll unterschiedlich viel wert sein? Statt eine Abgrenzung- und Abwertungsdebatte gegen Kolleginnen und Kollegen an den Grundschulen zu führen, wäre es nicht sinnvoller, sich gemeinsam und solidarisch für bessere Arbeitsbedingungen an den Schulen einzusetzen?

Die steigende Geringschätzung der Arbeit

an den Schulen ist ein generelles gesellschaftliches Problem und durchzieht alle Schulformen. Dies gilt speziell für die Arbeit mit kleinen Kindern. Dagegen müssen wir gemeinsam ankämpfen.

Genau an dieser Stelle steigt der Philologenverband in die Debatte um die Besoldung von Grundschullehrkräften ein und bedient die genannten Vorurteile. Dies ist unkollegial und macht auch keinen Sinn. Fakt ist, der Beruf der Lehrerin, des Lehrers ist ein herausfordernder und anstrengender Beruf, mit hohem Anspruch und hoher Erwartungshaltung seitens der Gesellschaft. Und dies unabhängig davon, an welcher Schulart unterrichtet wird.

Die Herausforderungen und Ansprüche an den jeweiligen Schularten sind unbestritten unterschiedlich, jedoch gleich viel wert und vergleichbar anspruchsvoll. Die Argumentation des Philologenverbandes, weshalb Grundschullehrkräfte nicht besser besoldet werden sollten, weil diese weniger qualifiziert seien und deren Arbeit weniger anspruchsvoll sei, ist schlichtweg Unsinn und auch argumentativ nicht haltbar. Sie ist letztendlich eine Beleidigung derjenigen, die sich tagtäglich mit der höchsten Stundenbelastung aller Lehrkräfte und gleichzeitig mit der geringsten Besoldung an den Grundschu-

len abmühen und hervorragende Arbeit leisten.

Die GEW Rheinland-Pfalz freut sich, dass der Philologenverband eine GEW-Studie zur Arbeitsbelastung von Gymnasiallehrkräften zitiert. Die Behauptung, dass diese Studie zeige, dass Gymnasiallehrkräfte mehr arbeiten müssten und größeren Belastungen ausgesetzt seien als Grundschullehrkräfte, ist jedoch schlichtweg falsch. Die Studie zeigt auf, wie hoch die Arbeitsbelastung an Gymnasien tatsächlich ist. Ein Vergleich mit anderen Schularten wurde jedoch nicht vorgenommen. Ich persönlich schätze die Arbeit unserer Gymnasialkolleginnen und -kollegen sehr. Genauso wie die der Lehrkräfte an anderen Schularten. Ich bin davon überzeugt, dass die Kolleginnen und Kollegen an Gymnasien eine derartige Debatte nicht brauchen, um in ihrer Arbeit aufgewertet zu werden. Und vor allem nicht in der Form, in dem man die Arbeit der Kolleginnen und Kolleginnen an den Grundschulen abwertet. Alle Lehrkräfte verdienen eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Bedeutung der Arbeit an den Schulen, mit besseren Arbeits- und Rahmenbedingungen. Dafür kämpfen wir als Gewerkschaft Tag für Tag.“

pm

## Neues aus der heimischen Flora

### Ein Kommentar zu einer Veröffentlichung einer berufsständischen Vereinigung

Auf der bunten Blumenwiese der Kindheit zählen auch die Unterschiede zwischen den verschiedenen Blümchen. Gott, der Herr, hat sie in seiner Weisheit nämlich nicht alle gleich und erst recht nicht gleich wert geschaffen. So ist der Gymnasiast quasi die Orchidee unter ihnen. Daher kann eine Gesellschaft nicht jeden Gärtner, der sich um Gänseblümchen kümmert, genauso bezahlen wie einen Gärtner, der sich um Orchideen kümmert. Denn dieser trägt viel größere Verantwortung, hat eine viel schwierigere Ausbildung, benötigt mehr Fachwissen und hat – Arbeitszeitstudien unter Floristen haben das eindeutig ergeben – viel mehr Arbeit. Gänseblümchen und andere niedere Gewächse wachsen praktisch von alleine, während Orchideen viel mehr und vor allem viel mehr hochqualifizierte Pflege benötigen. Sie legen schließlich mündliche und schriftliche Abiturprüfungen ab. Das ist so essentiell, dass man es auch in kurzen Texten mehrfach erwähnen muss. Als Orchideenpfleger weise ich gerne darauf hin, dass mich mein Studium zur Abnahme von Abiturprüfungen berechtigt, während Gänseblümchen ja bekanntlich gar kein Abitur machen.

#### Elitebeschulung erfordert Elitebezahlung

Dieses Eintreten gegen die Interessen von Berufskolleginnen mit einem anderen schulischen Betätigungsfeld ist tatsächlich die Essenz einer Veröffentlichung einer berufsständischen Vereinigung.<sup>1</sup> Unter dem Titel „Ein Einheitslehrer wird niemandem gerecht!“ betätigen sich Einheitslehrer im Kampf gegen einen Einheitslehrer, den niemand gefordert hat und der nirgendwo zur Diskussion steht.

Diesen Gedanken kann man immer wieder in entsprechenden Publikationen dieser Vereinigung nachlesen, z.B. im Beitrag „Gleiche Bezahlung für alle Lehrkräfte?“ aus dem Organ Gymnasium Baden-Württemberg 9-10/2012, der auffällige Übereinstimmungen mit dem Beitrag der Landesvorsitzenden Cornelia Schwarz aufweist. Dieser reagiert auf die damals bevorstehende Einführung der Gemeinschaftsschule mit dem prophylaktischen

Eintreten des Philologenverbands Baden-Württemberg gegen eine Höherbesoldung der Kolleginnen und Kollegen der Primarstufe, ähnlich wie der aktuelle Beitrag, der dabei aber übersieht, dass ein entsprechender Anlass in Rheinland-Pfalz fehlt. Die Argumentation funktioniert wie folgt: „Schließlich rechtfertigt die im Vergleich zu Lehrkräften anderer Schularten höchste gesellschaftliche Verantwortung gymnasialer Lehrkräfte deren bessere Bezahlung“ (S. 22), denn hier geht es um die „Ausbildung der zukünftigen Verantwortungsträger“, „um die Verantwortung für die Ausbildung der gesellschaftlichen Elite“ (S. 23).

Es ist für die Gesellschaft also von einem Unterschied, ob sich jemand um Gänseblümchen und Petersilie kümmert oder um Orchideen. Diese Bedeutungsdifferenz zwischen der gesellschaftlichen Elite und dem Unkraut muss sich in der Bezahlung niederschlagen, damit die Besten eines (Abiturienten-)Jahrgangs gewonnen werden können, um sich um die Besten und Wertvollsten späterer Schülerjahrgänge kümmern zu können. (vgl. S. 22)

#### Eine Solidargemeinschaft im Kampf gegen Solidarität?

Dieser Kampf gegen die Interessen der Kolleginnen und Kollegen einer anderen Schulform wirft Fragen auf:

- Wird die Arbeitsbelastung der Gymnasiallehrkräfte dadurch geringer, dass die Kolleginnen und Kollegen in Grundschulen nicht angemessen und in Kitas noch nicht einmal anständig bezahlt werden?
- Gewerkschaft ist ein Zusammenschluss abhängig Beschäftigter, die erkannt haben, dass sie ihre Interessen gemeinsam besser durchsetzen können. Wie ist es möglich, dass sich ein Verband im Bildungssystem Gewerkschaft nennt und sich gegen die Interessen von Beschäftigten im Bildungssystem einsetzt?
- Ist es sinnvoll, in Zeiten knapper Mittel den Kolleginnen und Kollegen das wegzunehmen zu versuchen, was mir fehlt, statt mit ihnen gemeinsam für Verbesserungen im Bildungssystem zu kämpfen? Wäre nicht mehr gewonnen, wenn ich als Gymnasialer für eine angemessene Bezahlung

meiner Kolleginnen und Kollegen auf der Primarstufe eintrete (weil ich täglich erkenne, wie wertvoll ihre Arbeit ist) und die Grundschullehrkräfte sich für eine Senkung des Deputats der Gymnasialen einsetzen (weil sie deren höhere zeitliche Arbeitsbelastung anerkennen), als wenn beide einen schulformbezogener Egoismus gegeneinander richten?

• Was liegt diesem Denken für ein Schüler- und Menschenbild zu Grunde? Auf dem Feld der bunten Blumen, auf dem das Gänseblümchen und die gemeine Petersilie von den Unkrautvernichtern frühestmöglich herausselektiert werden, wächst am Ende nichts mehr so gut wie Standesdinkel, der allen bitter schmeckt.

Klaus Schabronat  
Bertha von Suttner-Gymnasium  
Andernach, liebt auch Petersilie  
und Gänseblümchen

<sup>1</sup> [http://www.philologenverband.de/diverses/texte/?tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=816&cHash=cf4e779b22b4a8b0fa8faab0be35ebbb](http://www.philologenverband.de/diverses/texte/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=816&cHash=cf4e779b22b4a8b0fa8faab0be35ebbb) (10.5.2018)



## Die GEW im Gespräch mit dem Pädagogischen Landesinstitut:

# Effektives und gut funktionierendes präventives Gesundheitsmanagement

Dieter Roß

**Ein effektives und gut funktionierendes präventives Gesundheitsmanagement in der einzelnen Schule ist eine unerlässliche Grundlage für gute Bildungs- und Erziehungserfolge, sorgt für Wertschätzung aller an der Schule Beteiligten, der Lehrkräfte, der Schüler/innen und der Eltern sowie des Verwaltungspersonals, senkt die Abwesenheitsrate, erhöht die Produktivität, stärkt die Zusammenarbeit und das Zusammengehörigkeitsgefühl.**

Im Gespräch von GEW-Vertreterinnen und Vertretern mit der Führungsspitze des Pädagogischen Landesinstitut (PL), Frau Dr. Pikowski, Herrn Appel und Frau Pfeiffer, in Speyer wurde als gemeinsames Interesse und Ziel festgestellt: Etablierung eines präventiven Gesundheitsmanagements in den einzelnen Schulen.

Die Gesprächspartner/innen waren sich einig, dass es noch der verschiedensten Anstöße und Anreize bedarf, um dieses Ziel zu erreichen. Primär müssen der Wille und das Bewusstsein in jeder einzelnen Schule vorhanden sein, sich auf den Weg zum Ziel zu machen.

Unterstützungsangebote bieten insbesondere neben dem PL das Institut für Lehrergesundheit (IfL) und die Unfallkasse. Letztlich ist aber die einzelne Schule in der Verantwortung für das präventive Gesundheitsmanagement. Die genannten Einrichtungen bieten Beratung, Unterstützung und Hilfen an. Die Schulleitung ist und bleibt in der Verantwortung; der örtliche Personalrat kann initiativ werden und den gesamten Etablierungsprozess aktiv und konstruktiv begleiten und seine Mitbestimmungsrechte wahrnehmen.

Meist sind es Einzelaspekte wie Lärm, Schadstoffe, Schimmel, bauliche Mängel, Hygieneprobleme, die Schulen veranlassen, sich an das PL zu wenden und um die Durchführung eines Studientages zu ersuchen. Um den Studientag genauer vorzubereiten und zu planen, erfolgt meist in Kooperation mit dem IfL eine Erhebung mittels der Selbstcheckbögen, die vom IfL erarbeitet wurden und erprobt sind. Durch diese Erst-Erhebungen lassen sich die Risiken, Belastungen, Gefährdun-

gen erkennen und analysieren; ggf. sind vertiefte Erkundungen erforderlich. Es ist dann in der Verantwortung der Schule, der Schulleitung und des Personalrates, der Gesamtkonferenz, sich Ziele zu setzen und Maßnahmen zu ergreifen oder einzufordern, um die Gefährdungen zu beseitigen, zumindest aber zu minimieren.

Eine Steuergruppe zur Prozessbegleitung kann hier sehr hilfreich sein. Das PL und das IfL stehen der Schule auf deren Wunsch zur Unterstützung mit Rat und Tat zur Verfügung oder können auf geeignete Partner hinweisen. Soweit der Schulträger betroffen ist, können erforderlichenfalls die ADD oder das Bildungsministerium um Unterstützung gebeten werden.

Die umgesetzten Maßnahmen bedürfen der Evaluation, ggf. müssen weitere geeignete Lösungen gefunden werden. Der Gesamtprozess, der als Arbeitslauf zu verstehen ist, bedarf laut Arbeitsschutzgesetz der Dokumentation.

Die GEW-Vertretung thematisierten weiter den Schulungs- und Fortbildungsbedarf im Hinblick auf die Etablierung des präventiven Gesundheitsmanagements in den Schulen. So soll dieses Thema in den Kursen zur Vorbereitung auf Führungsaufgaben und insbesondere bei der Fortbildung neuer Schulleiter/innen ein größeres Gewicht und einen größeren Zeitanteil erhalten. Es soll vermehrt Angebote für Steuergruppen geben.

Das PL machte aufmerksam, dass durch den neugefassten Orientierungsrahmen die Lehrer- und Schülergesundheit als Einheit gesehen wird. Insofern arbeite es auch verstärkt mit der Unfallkasse Rheinland-Pfalz zusammen. Durch den Präventionsauftrag, den die Krankenkassen erhalten haben, entwickeln diese Programme auch für den Schulbereich. „MindMatters“, ein Präventionsangebot der Leuphana Universität Lüneburg und der BARMER, ist so ein Beispiel. „Mit psychischer Gesundheit gute Schule entwickeln“ im Untertitel verspricht das Programm, das in Rheinland-Pfalz vom Bildungsministerium, dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, dem PL, der Landeszentrale für Gesundheitsförderung (LZG) und der Unfallkasse mitgetragen wird, den Schulen durch die Förderung der psychischen Gesundheit der Schüler/innen und der Lehrkräfte einen Beitrag zur Verbesserung der Schulqualität zu leisten.

Die GEW-Vertretung ist skeptisch. Es hat schon viele Einzelprojekte gegeben. Bisher fehlt ein Gesamtkonzept mit nachhaltiger Umsetzung und Evaluation. Das Bildungsministerium, die ADD und die einzelne Schule sind in der Gesamtverantwortung, und von der Schulaufsicht muss endlich die notwendige Unterstützung kommen.



*Schulungs- und Fortbildungsbedarf zur Etablierung des präventiven Gesundheitsmanagements in Schulen erforderlich.*

*Foto: GEW-Bildarchiv*

## Gesundheitstag über psychische Belastungen in der Schule **Lehrkräfte erkranken häufiger an Burnout**

Dr. Paul Schwarz

**Neben vielen anderen Einflussfaktoren wie Lärm, ungünstiges Raumklima und erhöhte Infektionsgefahren ist der Umgang mit psychischen Belastungen im schulischen Alltag ein relevantes Thema. Zunehmend wird hierfür der Begriff „Burnout“ verwendet.**

Der 3. rheinland-pfälzische Tag der Schulgesundheit im Schloss Waldhausen in Budenheim befasste sich in mehreren Vorträgen mit „Burnout“ an der Schule: „Überforderung vermeiden, erkennen, begegnen“. Ergänzend dazu wurde die Wechselwirkung zwischen Arbeitsbedingungen und Psyche dargestellt. Als Hilfestellung zeigte die Tagung Maßnahmen auf sowie ein Projekt zur Förderung der psychischen Gesundheit in der Schule.

### **Nach Wegen suchen, dem Stress vorzubeugen**

„Burnout“, so Prof. Dr. Stephan Letzel, Direktor des Instituts für Lehrergesundheit, sei ein „sehr plakativer Begriff“, weil er pauschal von der Belastung der Lehrenden spreche, aber wenig konkret, welche Belastungen in der Schule dafür verantwortlich seien und wie die Verantwortlichen mit diesen Belastungen umgehen sollen. Die Schule verändere sich ständig, z.B. durch neue Medien oder die Digitalisierung, auf die man die Lehrerschaft vorbereiten müsse. „Damit Burnout nicht aufkommt, müssen wir überlegen, wie wir Schule und Unterricht gestalten.“ Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig meinte in ihrem Grußwort, man könne über eine Gesellschaft viel lernen anhand der Gegenbewegungen, die sie hervorbringe, und verwies auf die Bahnhofsbuchhandlungen, wo die Titelblätter der Zeitschriften gerne zur inneren Revolution gegen den äußeren Streß aufriefen: Flow und Slow, Bewusster Leben. „Yoga Journal“ oder „Happinez“ und „Landlust“ hießen die Trendzeitschriften unserer Zeit. Eine Menge Systemkritik also, die aber nicht nach außen gewandt sei, sondern nach innen. Die Menschen hofften nicht mehr auf Besserung der Gesellschaft, sondern auf Besserung in sich selbst.



„Mindstyle ist der neue Lifestyle“. Das Außen werde als hektisch und stressig wahrgenommen, das Innere soll vor ihm geschützt werden. Hubig: „Stress scheint ein – negatives - Lebensgefühl unserer Zeit geworden zu sein, und die Menschen suchen nach Wegen, ihm vorzubeugen und zu begegnen.“

Der 3. Tag der Schulgesundheit greife den Auftrag auf, den oder die Einzelne(n) nicht alleine zu lassen mit dem Thema „Burnout“, sondern zu sensibilisieren und Wege aufzuzeigen, um Überforderungen zu vermeiden, zu erkennen und ihnen zu begegnen. Denn es sei der Landesregierung und auch den Menschen in unserem Land wichtig, dass Schule ein geschützter Lernraum sei, dass „Lernen und Lehren beste Bedingungen vorfinden und dass wir gesundheitlichen Belastungen an diesem Ort entgegenwirken“. Die Ministerin dankte ausdrücklich dem „bundesweit einzigartigen Institut für Lehrergesundheit“, dessen Leiter Prof. Letzel und seinen MitarbeiterInnen für die tägliche Arbeit an der Gesundheit der Lehrkräfte und für die so „hochkarätig besetzte Tagung“. Deutschland liege im internationalen Vergleich beim Schulstress auf einem mittleren Rang, betonte der Prodekan für Forschung der Uni Mainz, Prof. Dr. Hansjörg Schild, in seinem Grußwort.

SchülerInnen und LehrerInnen würden das freilich etwas anders sehen, da sie persönlich betroffen seien. Die Veranstaltung helfe, die Situation zu verbessern.

### **Wie äußert sich Burnout?**

„Man muss nicht gebrannt haben, um ausgebrannt zu sein“. So begann Dipl.-Psychologe Till Beutel vom „Institut für Lehrergesundheit“ (IfL) in Mainz seine Ausführungen und definierte Burnout so: „Dauerhafter negativer arbeitsbezogener Seelenzustand normaler Individuen, gekennzeichnet durch Erschöpfung, gesunkene Motivation und die Entwicklung dysfunktionaler Einstellungen und Verhaltensweisen bei der Arbeit“. Arbeitsplatzfaktoren des Burnouts seien physikalisch-chemische Aspekte wie Lärm, Hitze, Kälte, organisatorische Bedingungen wie Arbeitsorganisation, Pausen, Fairness, Arbeitsmaterialien, Arbeitsaufgaben wie Handlungsspielraum, Feedback, Kontrolle, Zeitdruck, dauernde Erreichbarkeit sowie Faktoren auf der sozialen Ebene wie Teamklima, Anerkennung, Schülerrückmeldungen, Konflikte mit der Schulleitung. Äußern könne sich Burnout in einer depressiven Stimmung, einer Angststörung, Schlaf- und Essstörungen, innerer Leere und soziale Isolierung.

### **Körperlich fit, seelisch belastet**

Den „Prozess zur Gefährdungsbeurteilung Wechselwirkung Arbeitsbedingungen und Psyche“ beschrieb Dipl.-Ing. Klaus Schöne aufgrund der Erfahrungen aus der Arbeit des „IfL“. Die Ausgangssituation: Laut einer aktuellen Studie seien Lehrkräfte sportlich, hätten seltener Übergewicht und rauchten halb so häufig wie die allgemeine Bevölkerung. Sie ließen sich zudem seltener krankschreiben als der Rest der Pflichtversicherten, auch die krankheitsbedingten Frühpensionierungen seien zurückgegangen. Jedoch: Die Pädagogen erkrankten häufiger an Burnout und psychischen Krankheiten als der Rest der Bevölkerung.

Nach dem Gesetz sei der Dienstherr verantwortlich für die 1. Erfassung und Bewertung arbeitsbedingter Gefährdun-

gen und Belastungen. Zu berücksichtigen seien

1. physikalische, chemische, biologische Einwirkungen und Belastungen.
2. Die Durchführung erforderlicher Präventionsmaßnahmen.
3. Die Durchführung entsprechender Wirksamkeitskontrollen.
4. Die Dokumentation der Ergebnisse durchgeführter Gefährdungsbeurteilungen.
5. Die Anpassung der Beurteilung bei Änderungen.

Schöne: „Als Führungskraft vor Ort tragen die Schulleitungen die Hauptverantwortung im Bereich Gesundheitsschutz.“ Es folgten die Schulträger, der örtliche Personalrat sowie die Lehrkräfte und pädagogischen Fachkräfte. Ein wichtiges Instrument zur Erfassung und Bewertung psychischer Belastungen sei eine standardisierte (schriftliche) Mitarbeiterbefragung oder zur Erfassung des individuellen Gesundheitsempfindens eine Online-Befragung aller an der Schule tätigen Personen.

Für die Hilfestellung solcher Befragungen stehe das „Institut für Lehrer\*innen-Gesundheit“ bereit.

#### **Kooperatives und differenziertes Lernen entlastet**

Durch welche unterrichtlichen Maßnahmen kann die Überforderung der SchülerInnen verringert werden? Mit dieser Frage befasste sich Monika Jost vom „Pädagogischen Landesinstitut“. Was

überfordert (gilt auch für LehrerInnen): Das Gefühl, dass Anforderungen gestellt werden, von denen ich denke, dass ich sie nicht erfüllen kann. Das Gefühl, nicht zu wissen, was von mir erwartet wird. Das Gefühl, nicht verstanden zu werden oder nicht so sein zu dürfen, wie ich bin.

Was man gegen Überforderung tun könne, sei z.B. das kooperative Lernen: Alle SchülerInnen arbeiten allein. Sie haben dann die Möglichkeit, ihre Erkenntnisse mit dem eigenen Wissensnetz zu verknüpfen. Sie tauschen sich mit dem Partner oder in der Kleingruppe aus. Sie vergleichen die Ergebnisse und diskutieren abweichende Resultate. Die Gruppenergebnisse werden vorgestellt, diskutiert und korrigiert. Der Vorteil des kooperativen Lernens: eine Entschleunigung für die SchülerInnen, aber auch Pausen für die Lehrkraft. Das Ergebnis von wissenschaftlichen Studien zeige, dass die kooperativen Lernarrangements das Selbstwertgefühl der Schüler verbessern. Monika Jost sprach dann noch über das differenzierte Lernen. Der Unterricht werde geöffnet. Wahlmöglichkeiten würden sich ergeben und unterschiedliche Zielsetzungen für unterschiedliche SchülerInnen ermöglicht. Beim differenzierten Lernen werde dem persönlichen Lernvermögen der SchülerInnen Rechnung getragen.

#### **Burnout – ein Risiko für psychische und körperliche Erkrankungen**

„Stress ist Folge eines Ungleichgewichts zwischen äußeren Anforderungen und der Bewältigungsmöglichkeit“. Mit die-

sen Worten leitete Prof. Dr. M. E. Beutel seine Ausführungen über „Burnout“ ein. Die Zunahme von Stress sei vor allem im mittleren Lebensalter festzustellen. Die schulischen Anforderungen spiegelten aber auch den gesellschaftlichen Wandel mittelbar wider: mehr tun und erleben in immer kürzerer Zeit. Hinzu kämen Termin- und Leistungsdruck, Multitasking, ständige Unterbrechungen, Erreichbarkeit, ständige Umstrukturierungen, fehlende Kontinuität. 5,3 Prozent der Frauen und 3,3 % der Männer seien mit Burnout diagnostiziert. Die Fehltage wegen Burnout seien seit 2004 um das 14fache gestiegen. Oft gebe es somatische Verlegenheitsdiagnosen (Unwohlsein, Rückenschmerzen, Schlafstörungen) oder keine Diagnose. Burnout-Symptome seien Risikofaktoren für psychische und körperliche Erkrankungen

Was tun gegen Burnout? Grenzen ziehen zwischen Arbeit und Freizeit, Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen, Pause und Regeneration, Sport gegen Stress und bessere Leistungsfähigkeit, Aufbau körperlicher Aktivität und gesunde Lebensweise, Abbau von Suchtmitteln. Das effektive Stressmanagement sehe so aus: Entspannungsverfahren erlernen und anwenden, soziale Unterstützung, neutrale Beratung, gezielte fachärztliche/ psychotherapeutische Abklärung und Behandlung.

#### **Die geschlauchten SchülerInnen**

Sie kommen aus der Schule und lernen. Sie sagen Treffen mit Freunden ab und lernen. Für sie selbst zählt nur die Note Eins in jedem Test. In seinem Vortrag „Burnout bei Schülerinnen und Schülern“ betonte Prof. Dr. Michael Huss, dass depressive und erschöpfte Kinder nicht immer in die normalen Kategorien des Burnouts passten. Huss brachte das „Vulnerabilitäts-Stress-Modell“ ins Gespräch. Dieser Begriff bezeichnet Eigenschaften einer Person, die zur Entwicklung einer Störung beitragen. Darunter verstehe man sozial unflexible, wenig angepasste und im Extrem normabweichende Verhaltensauffälligkeiten. „ADHS ist ein Risikofaktor für Depression“.

#### **Zahl der depressiven Kinder und Jugendlichen verzehnfacht**

Abschließend stellte Prof. Dr. Peter Paulus von der Leuphana-Universität in Lüneburg das Projekt „Mind Matters („Die Seele



## Schulen

ist wichtig“) zur psychischen Gesundheit einer Schule vor. Die Ziele des Programms: Mit psychischer Gesundheit eine gute Schule entwickeln, Aufbau einer unterstützenden und fürsorglichen Schulkultur, mehr Respekt und Toleranz (Verschiedenheit als Bereicherung), Verbesserung von Lehre und Lernen sowie Steigerung der Bildungsqualität.

Paulus: „Psychische Gesundheit ist im Sinne von Mind Matters die Fähigkeit, sich kompetent mit den gesellschaftlichen Anforderungen auseinanderzusetzen zu können und im Leben auch eigene Wünsche, Bedürfnisse und Hoffnungen konstruktiv zu verwirklichen.“ Schülerinnen und Schüler seien in der Schule dann psychisch gesund, wenn sie sich durch die intellektuellen und sozialen Erfordernisse im Unterricht und im Schulleben angemessen gefordert fühlen und sich mit eigenen Ideen, Wünschen und Vorstellungen in den Unterricht und in das Schulleben einbringen könnten.

Ein Fünftel (20,2 Prozent) der Kinder und Jugendlichen im Alter von 3 - 17 Jahren können der Risikogruppe für psychische Auffälligkeiten zugerechnet werden.

Jungen, so Paulus weiter, zeigten dabei signifikant häufigere Anzeichen für psychische Auffälligkeiten als Mädchen (23,4 vs. 16,9 Prozent). Je höher der soziale Status der Herkunftsfamilie sei, desto geringer sei der Anteil der Kinder mit sozialen Auffälligkeiten. Und noch eine Zahl: Die Anzahl der vollstationär im Krankenhaus wegen einer Depression behandelten Patienten unter 15-Jährigen habe sich seit 2000 mehr als verzehnfacht, nämlich 410 auf 4605 Fälle (Statistisches Bundesamt 2015).

### Rückmeldungen der TagungsteilnehmerInnen

Eine informative Tagung, aber zu monologistisch, zu viele Vorträge, die TeilnehmerInnen konnten sich über konkrete Erfahrungen im Kollegium zu wenig austauschen, mehr Gruppenarbeit über konkrete Belastungen vor Ort wären besser gewesen, als sich fast ständig auf der Metaebene, z.T. sehr abstrakt, zu äußern. Hier ein paar Äußerungen von Kolleginnen, wo der gesundheitliche Schuh drückt:

Die Aufgabe der FörderschullehrerInnen in Schwerpunktschulen sei zu ungenau, die Verantwortung liege weiterhin bei den GrundschullehrerInnen. Die schlechtere Bezahlung empfinden die KollegInnen als ungerecht und nicht mehr zeitgemäß. Die Inklusion gehe auf Kosten der Lehrkräfte, die finanziellen Mittel reichten nicht aus, um ein sinnvolles Konzept umzusetzen, das weniger belaste als zur Zeit.

Der Elternwille werde in den Schulen immer dominanter. Fachlich kompetente Entscheidungen von LehrerInnen würden oft von Eltern in Frage gestellt. Die Kompetenz werde den Lehrkräften nicht zugestanden. Beklagt wurde auch der zu hohe Geräuschpegel und die oft schlechte Schallisolierung der Klassenräume. Die Lehrpläne seien zu voll, die Ziele kaum erreichbar. Wie fangen wir die erzieherischen Defizite der Kinder auf – ohne zusätzliche Unterstützung und ohne die Vermittlung des Lehrstoffes zu vernachlässigen, wurde am Rande der Tagung immer wieder gefragt. Die Lehrkräfteausbildung müsse ein verpflichtendes Modul anbieten, um die Kompetenz zu erlangen, Deutsch als Zweitsprache zu unterrichten.

## Dr. Paul Schwarz im Interview mit Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig

### „Die Arbeit in multiprofessionellen Teams entlastet“

*Die Gesundheit von Lehrkräften, ihre Arbeitssituation und ihre Leistungsfähigkeit sind in den letzten Jahren zunehmend in den öffentlichen Fokus gerückt. Welche Rückmeldungen zu diesem Punkt erreichen Sie im Ministerium?*

Natürlich hören wir hier hin, denn der Arbeits- und Gesundheitsschutz an den Schulen ist ein ganz zentrales Thema für uns. Von großer Bedeutung ist dabei die Expertise unseres Instituts für Lehrergesundheit an der Universitätsmedizin in Mainz. Zu den Aufgaben des Instituts zählt es, das Land beim Arbeitsschutz, der Unfallverhütung und dem Gesundheitsschutz an Schulen und Studienseminaren zu beraten, Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz arbeitsmedizinisch und sicherheitstechnisch zu betreuen, Fragen der Lehrergesundheit zu erforschen und einen jährlichen Gesundheitsbericht zu erstellen. Rheinland-Pfalz war übrigens das erste Bundesland überhaupt, das ein

solches Institut eingerichtet hat, und hat der Lehrergesundheit dadurch auch ganz klar mehr Gewicht gegeben.

Zusätzlich erhalten wir natürlich auch Rückmeldungen von den Schulen selbst und den Personalräten. Diese Rückmeldungen sind sehr vielschichtig: Derzeit werden etwa der Mutterschutz, das berufliche Wiedereingliederungsmanagement nach längerer Krankheit und psychische Belastungsfaktoren breit diskutiert.

*In welcher Schulart ist die Gesundheit der Lehrkräfte am stärksten gefährdet?*

Wir wissen, dass der Lehrberuf fordernd ist und manchmal auch belastend. Aber Schule ist nicht gleich Schule, und Lehrkraft ist nicht gleich Lehrkraft – von daher kann man darauf keine ausschließliche Antwort geben. In allen Schularten sehen wir auf der einen Seite Lehrerkollegien, die sich zusammen mit ihrer Schulleitung sehr aktiv um ein schulisches Gesund-



heitsmanagement bemühen und professionell mit beruflichen Belastungen und Beanspruchungen umgehen. Zum anderen gibt es auch Schulen, die hier

noch weniger Verständnis aufbringen. Unabhängig von der Schulart spielt insbesondere auch das durchschnittliche Alter des Lehrerkollegiums für die jeweilige Belastung eine wichtige Rolle. Deswegen unterscheiden wir bei Präventionsangeboten und unseren Hilfestellungen auch nicht nach Schularten, sondern haben auf der einen Seite die Gesamtsituation an unseren Schulen im Blick und schauen auf der anderen Seite auf den jeweiligen Einzelfall.

*Gesunde Arbeitsbedingungen und ein gutes Schulklima tragen maßgeblich zur Gesundheit und dem Wohlbefinden der einzelnen Lehrkraft bei. Sie wirken sich auch entscheidend auf die Qualität der Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsauftrags aus. Was sind für Sie gute Arbeitsbedingungen an den Schulen und ein gutes Schulklima? Wieweit sind Sie damit zufrieden und wo muss bildungspolitisch etwas verbessert werden?*

Eine gute und gesundheitsförderliche Arbeitsumgebung zeichnet sich für mich dadurch aus, dass man auf der einen Seite Selbstwirksamkeit erlebt und auf der anderen Seite auch Anerkennung von außen erfährt. Um diese Bedingungen zu erfüllen, bietet der Lehrberuf viele Möglichkeiten – aber auch viele Risiken. Gerade die Anerkennung kommt im schulischen Kontext manchmal zu kurz. Hier würde ich mir wünschen, dass wir die Kultur der gegenseitigen Wertschätzung, von Respekt und Anerkennung zwischen Lehrkräften, den Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern schärfen. Alle an Schule Beteiligten stehen vor Herausforderungen und Problemen, man muss das Gemeinsame sehen, sich in das Gegenüber hineinversetzen. All das trägt zu einem guten Schulklima und damit zu einem deutlich besseren Lehr- und Lernklima bei. Das wieder trägt mit dazu bei, dass die Lehrkräfte ihren Beruf sinnstiftend erleben und die Herausforderungen des Schulalltags besser bewältigen können. Ich habe viele Schulen in Rheinland-Pfalz besucht, wo das bereits auf das Beste gelebt wird. Eine zentrale Rolle spielen in diesem Zusammenhang übrigens die Schulleitungen.

*Studien zur Lehrergesundheit belegen die starke psychische Beanspruchung durch die Lehrertätigkeit. Schaarschmidt kon-*

*statiiert, dass sich für den Lehrerberuf bei der psychischen Belastung im Vergleich mit anderen Berufen die kritischsten Beanspruchungsverhältnisse finden. Bei konservativen Schätzungen lässt sich davon ausgehen, dass mindestens 20 Prozent der Lehrkräfte gravierende Einschränkung ihrer Gesundheit und damit Leistungsfähigkeit aufweisen.*

*Wie können Schulen auf die Verhältnisse und Gegebenheiten einzelner Schulen zugeschnitten und Maßnahmen zur Gesundheitsförderung entwickelt werden?*

Der Lehrerberuf hat sich ohne Frage gewandelt und damit auch das Anforderungsprofil und die potentiellen Belastungsfaktoren. Das ist aber ein Phänomen, das sich in vielen Berufsbildern abzeichnet. Untersuchungen der persönlichen Situation von Beschäftigten zeigen, dass Stress und psychische Belastung am Arbeitsplatz allgemein als zunehmend wahrgenommen werden.

Dass mindestens ein Fünftel der Lehrkräfte „gravierende Einschränkungen“ ihrer Gesundheit aufweisen, kann auf Basis der Studien und Erfahrungen des IfL jedoch nicht bestätigt werden. Das würde runtergerechnet bedeuten, dass in Rheinland-Pfalz 8.000 unserer rund 40.000 Lehrkräfte dauerhaft arbeitsunfähig wären.

Aber nochmal: Unsere Lehrerinnen und Lehrer haben zweifelsfrei einen anspruchsvollen und herausfordernden Beruf. Deshalb ist es auch so wichtig, dass sie gesund bleiben oder es im Falle einer Erkrankung schnellstmöglich wieder werden. Maßnahmen zur Gesundheitsförderung – insbesondere auch präventiver Natur – stellen deshalb einen wichtigen Teil des übergeordneten schulischen Gesundheitsmanagements dar – genauso wie gute Rahmenbedingungen für ihre Arbeit.

*Wie sieht die Diagnose der Lehrerbela-*

*stung und Ressourcen aus? Gibt es vom Ministerium empfohlene Maßnahmen oder Anregungen, um die Gesundheits- und Leistungsfähigkeit des Lehrpersonals zu schützen und zu fördern?*  
Natürlich, wie bereits erwähnt, tun wir viel dafür, um unsere Lehrkräfte umfassend und gut zu beraten, gesund zu halten und zu stärken. Die Aufklärung über Belastungsfaktoren spielt dabei eine ebenso wichtige Rolle wie Maßnahmen zur Reduzierung eben dieser Faktoren.

Neben dem Institut für Lehrergesundheit haben wir auch das Pädagogische Landesinstitut mit seinen Schulpsychologinnen und Schulpsychologen und die Unfallkasse Rheinland-Pfalz als starke Partner an Bord. Außerdem haben wir die Mittel für Schulsozialarbeit deutlich aufgestockt. Die Arbeit in multiprofessionellen Teams kann eine wichtige Hilfestellung und Entlastung darstellen. Die vielfältigen Fortbildungs- und Unterstützungsangebote zu nutzen, liegt dabei aber natürlich in der Eigenverantwortung der Schulleitungen und der Lehrkräfte. Zwingen, sich um seine Gesundheit zu kümmern, können wir niemanden, und das wäre sicher auch kontraproduktiv.

*Eine nachhaltige Gesundheitsförderung erfordert nach Meinung von Fachleuten und Studien einen tiefgreifenden Wandelprozess in der Schule. An welche Wandelprozesse denken Sie?*

An unseren Schulen finden häufig, eigentlich ständig tiefgreifende Wandelprozesse statt. Denken Sie nur an die Einführung von Ganztagschulen, das Abitur nach acht Jahren, die Inklusion oder die Digitalisierung. Dies bedeutet natürlich auch eine stetige Veränderung der Anforderungen an die Lehrkräfte. Diese Wandlungsprozesse bilden sich auch in neuen Ansätzen in der Gesundheitsprävention ab. Diese wird permanent angepasst, um den sich wandelnden Bedingungen im Umfeld Schule adäquat begegnen zu können. Beispielsweise möchte ich die in diesem Punkt sehr fortschrittliche Schulbaurichtlinie des Landes erwähnen. Diese sieht vor, dass alle baulichen Maßnahmen durch die Unfallkasse des Landes mitgeprüft werden. Wir setzen außerdem darauf, Lehrkräfte schon früh dafür zu sensibilisieren, mit sich selbst verantwortungsvoll umzugehen. So werden in der Lehrkräfteausbildung Module integriert, die sich beispielsweise mit den Themen Stimme, Stress- und Zeitmanagement befassen. Auch das gesunde Führen ist ein thematischer Schwerpunkt in der Fortbildung zukünftiger Schulleitungskräfte.

Wir entwickeln also kontinuierlich Angebote, um unsere Lehrkräfte in einer sich schnell wandelnden Schullandschaft effektiv und angemessen zu unterstützen, um so ihre Gesundheit und Leistungsfähigkeit zu stärken.

*Vielen Dank für das Gespräch!*

## Vorbildliche Umgestaltung eines Schulhofes Unter dem Pflaster liegt der Strand...

Carmen Zurheide

**Narzissen strecken sich neben anderen Frühblühern in terrassenförmig angelegten Beeten der Sonne entgegen, im Kräuterbeet duftet es nach Thymian, und meterhohe Betonwände werden langsam aber stetig von wildem Wein bewachsen.**

Hier ist nicht etwa die Rede von einer Parkanlage im Naherholungsgebiet, sondern vom Schulhof der Richard von Weizäcker Realschule plus in Germersheim. Ich besuche die Schule an einem warmen Tag im April - und auch das ist erstaunlich; ich sehe, rieche und fühle den Frühling auf dem Außengelände einer Schule. Und das, obwohl gerade Pause ist und sich die meisten der 700 Schülerinnen und Schüler auf dem Gelände aufhalten. Einige sitzen auf ausgedehnten Holzinseln und lesen, reden und lachen miteinander, andere klettern auf emporragende Robinienstämme und betrachten das Geschehen von oben.

Weiter hinten ist zwischen Bäumen eine

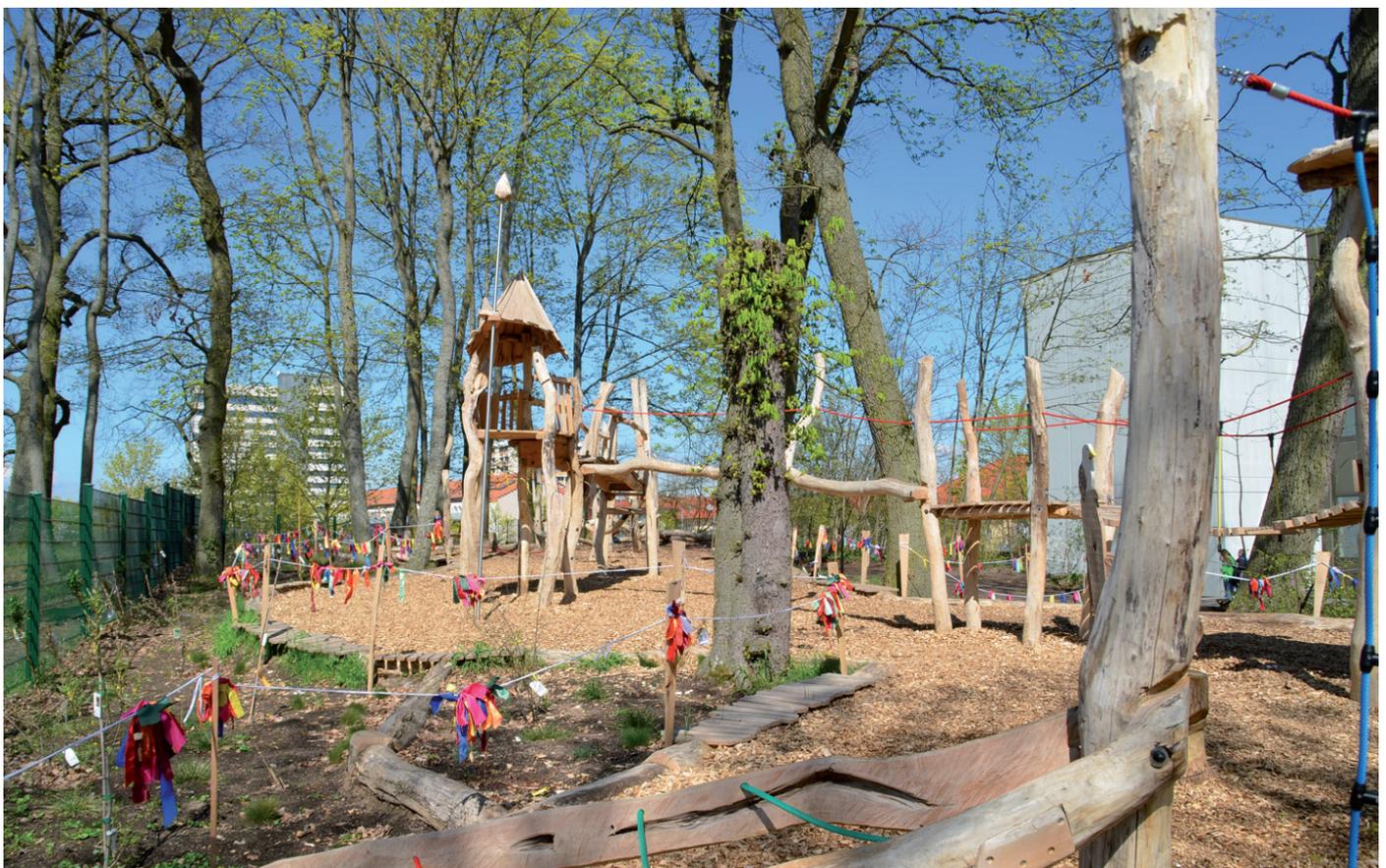
Kletterlandschaft entstanden. Hier tummeln sich Jungen und Mädchen jeden Alters, balancieren, schwingen an Leinen oder rutschen eine lange Metallstange herunter. Ja, es wird auch gerempelt und geschubst, aber die Fallhöhe ist kalkulierbar und der Grund mit einer dicken Schicht von Holzspänen ausgelegt. Ursprünglich gehörte dieser Teil zu einem die Schule umgebendem Wäldchen, nach Verhandlungen mit dem Träger, der Kreisverwaltung Germersheim, konnte der Baumbestand in die Schulhofgestaltung integriert werden. Durch Brücken und Pfade werden meterhohe, geschälte Robinienstämme miteinander verbunden; auffallend, die mit Liebe zum Detail verzierten Stämme, einer eingeritzten Rose zum Beispiel.

Im Gespräch mit der Schulleitung, Frau Krost und Herrn Schumacher, erfahre ich mehr. Für den Beschluss, den Schulhof neu zu gestalten, brauchte es nicht viel Überzeugungsarbeit. Als Kooperationspartner wurde der Verein Naturspur eV.

gewonnen. „Mit den Naturspurlern kam ein ganz neuer Geist in unsere Schule. Kein „Wenn und Aber“ sondern: „Wir fangen einfach mal an“, erinnert sich die Schulleiterin Frau Krost. Das war im Dezember 2015. Die Schülerinnen und Schüler aller Klassen beteiligten sich an der Planungswerkstatt; große Holzplatten stellte die Schule; ihr Modell vom Wunschschulhof entwarfen die Kinder und Jugendlichen. Naturspur ließ jede Klasse präsentieren, es wurde fotografiert, nachgefragt, ausgewertet und eine Prioritätenliste erstellt. Nicht ganz einfach – schließlich galt es die Bedürfnisse von Heranwachsenden ganz unterschiedlicher Altersstufen zu berücksichtigen.

„Es war von Anfang an ein Selbstläufer, die Schülerinnen und Schüler wurden ernst genommen und fanden sich mit ihren Vorschlägen im angefertigten Plan wieder“, führt Herr Schumacher, der Konrektor, aus.

Bis mit dem ersten Bauabschnitt im November 2016 begonnen werden konnte, mussten Kalkulation und Skizze dem Träger vorgestellt werden. Da ohnehin eine Sanierung des Außengeländes aus Gründen der Unfallverhütung geplant war, übernahm der Träger den Rückbau. Herr Schumacher erklärt: „Bei jedem





Schritt haben Schülerinnen und Schüler, die Kollegen und Kolleginnen und der SEB mit vielen Eltern mitgearbeitet.“ Die Idee der Bildungsspende kam auf, Stiftungen wurden angeschrieben und nicht zuletzt mit Hilfe des Fördervereins stand die Finanzierung. Dann konnte begonnen werden. „In der Schule stand eine riesengroße Stellwand, auf der die Arbeitstage der einzelnen Klassen vermerkt wurden; das waren drei Wochen Projektarbeit“, erklärt Herr Schumacher: „Wenn eine Gruppe einen Tag gearbeitet hat, war am nächsten Tag Unterricht; die Nachmittags-AG und der Sportunterricht wurden dazu genommen. Im ganzen Schulhaus war große Betriebsamkeit zu spüren; alle waren mit Eifer dabei. Selbst Schüler/innen, die oft am Rand standen, wurden durch die gemeinsame Arbeit integriert. Eltern, KollegInnen und SchülerInnen kamen freiwillig, selbst an Wochenenden. Schnell wurde klar: Wo gearbeitet wird, muss auch gemeinsam gegessen werden. So wurden auch die Pausen miteinander verbracht. Dem Ziel gegenseitiger Toleranz und eines ausgeglichenen Schullebens sind dadurch alle näher gekommen; sowohl die Lehrkräfte als auch die Schüle-

rinnen und die Eltern“, sind sich die Schulleiterin und der Konrektor einig. Diese Erfahrung konnte in die Fortschreibung des schuleigenen Qualitätsprogrammes und in die Festlegung der Kompetenzentwicklung einfließen.

Auch im September 2017, als mit dem zweiten Bauabschnitt begonnen wurde, arbeiteten alle im Team; waren die Fünftklässler für die Bepflanzung zuständig und die älteren Schüler/innen für das gemeinsame Tragen und Einsetzen der Robinienstämme. Dabei wuchs das Zutrauen in die eigene Fähigkeit, dabei wuchs die Erkenntnis, etwas Sinnvolles und Wichtiges mitgestalten zu können, dabei wuchs die Einsicht, dass manches eben doch gemeinsam viel besser gelingt. Bisher sind 3.500 Arbeitsstunden geleistet worden, 3.000 davon von den Schülerinnen und Schülern.

Und die Arbeit ist nicht abgeschlossen. Der dritte Bauabschnitt wird im September 2018 in Angriff genommen. Ca. 2.000 qm versiegelter Fläche sind nach Fertigstellung zurück gebaut worden, und nach schulinternen Berechnungen sind insgesamt 100.000 Pflastersteine, die einem neuen Verwendungszweck zugefügt

werden und ihren angestammten Platz auf dem Schulgelände verlassen. Gut so! Dazu passt eine Betrachtung aus der Didacta Magna 1633-1638 von J.A.Cornelius, die als erstes großes Werk der Pädagogik bezeichnet wird und auch rund 400 Jahre später nichts an Aktualität verloren hat. Dort heißt es: „...Weiter muss bei der Schule außen nicht nur ein Lauf und Spielplatz liegen (...), sondern auch ein Garten, in dem man die Kinder zur Augenlust an Bäume, Blumen und Kräuter führt.“ Bleibt zu hoffen, dass die Verantwortlichen bei den Entwürfen zur Erneuerung der Schulbaulinien sich von eben diesem Geist leiten lassen.

*Sollten Sie als Schulleiter/in, Kollegin/Kollege, Eltern oder Erzieher/in nach dem Lesen dieses Artikels mehr über die Außengeländegestaltung im partizipierenden Verfahren erfahren wollen, lädt die GEW herzlich zu einer Fortbildung am 25.09.2018 nach Germersheim in die Richard von Weizsäcker Realschule plus ein. (Siehe: Fortbildungsprogramm der GEW RLP auf [www.gew-rlp.de](http://www.gew-rlp.de))*

*Und danach gibt es dann vielleicht auch für Sie kein „Wenn und Aber“, sondern ein „Wir fangen einfach mal an!“*

*(Fotos S. 1 und S. 10-11: Carmen Zurheide)*

## Bundesfachgruppen Haupt- und Realschulen:

### Probleme in der Bildungslandschaft Deutschland

Eine der wichtigsten Strategien erfolgreicher gewerkschaftlicher Arbeit ist der Grundgedanke des gemeinsamen solidarischen Vorgehens, um gemeinsame Interessen und Ziele durchzusetzen. Dazu bedarf es in der GEW einer möglichst intensiven Vernetzung auf allen Ebenen. Gerade vor dem Hintergrund des „Flickenteppichs bundesdeutscher Bildungslandschaft“ ist es sinnvoll, Erfahrungen über die Grenzen der Bundesländer hinweg auszutauschen und Anregungen in die Arbeit der Bundes-GEW einzubringen. Diesen Zielen haben sich die Bundesfachgruppen Haupt- und Realschulen verschrieben.

Um auf möglichst breiter Basis arbeiten zu können, streben wir in unseren beiden Gremien eine Beteiligung aller Landesverbände an. Zwar existiert die eigenständige Schulform Hauptschule längst nicht mehr in allen Bundesländern (in Bayern heißt sie bspw. Mittelschule), der Hauptschulabschluss als solcher wird dennoch bundesweit vergeben. Ebenso kann auch der Realschulabschluss vielfach an namentlich abweichenden Schulformen erworben werden. Maßgeblich für die Mitarbeit ist also nicht der Name der Schulform, sondern der zu vergebende Abschluss. Insofern sollte der Entsendung je einer Vertreterin, eines Vertreters in die Bundesfachgruppenausschüssen nichts im Wege stehen.

#### A 13/E 13 ist deutschlandweit ein wichtiges Thema

In der Regel treffen wir uns dreimal jährlich an wechselnden Orten in der Bundesrepublik. Und so waren die beiden Fachgruppen vom 1. bis 3. März in Handewitt bei Flensburg zu Gast. Birgit Mills, stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Schleswig-Holstein, begrüßte uns und berichtete über die

Bildungslandschaft des nördlichsten Bundeslandes sowie über die Besonderheiten des Landesverbandes. Thema dort ist unter anderem auch eines unserer wichtigsten Themen: die Besoldung und ihre Unterschiede. A13/E 13 für alle voll ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen der Sek I ist eine zentrale Forderung der GEW. In Schleswig-Holstein ist sie bisher nur für die an Gemeinschaftsschulen tätigen Lehrkräfte umgesetzt. Zwischenzeitlich gibt es aber eine Erfolgsmeldung: Alle Lehrkräfte sollen von der Besoldungsstufe A 12 nach A 13 aufsteigen, allerdings nur bis zur Zielmarke 2026. Ungleiche Entlohnung für gleiche Tätigkeit ist weder nachvollziehbar noch hinnehmbar, insofern arbeiten auch unsere Bundesfachgruppen an der Bewältigung dieser Problematik.

#### Heterogene Strukturen – ähnliche Probleme

Neben der Besoldung stehen aktuell die Themen Lehrkräftemangel in Verbindung mit dem Seiten- und Quereinstieg, Inklusion sowie die Themen Arbeitszeit, Überlastung und Umgang mit Überlastungsanzeigen auf unserer Agenda. Die Bandbreite der Bewältigungsmuster beim Thema Überlastung reicht hierbei vom Abschluss einer Dienstvereinbarung zwischen Ministerium und Lehrerhauptpersonalrat (Sachsen) bis zur weitgehenden Verdrängung der Problematik durch die oberste Dienstbehörde (Sachsen-Anhalt).

An dieser Stelle sei auf eine kürzlich in Hannover vorgestellte und von der GEW Niedersachsen in Auftrag gegebene Metastudie zur Arbeitszeit hingewiesen, aus der hervorgeht, dass die Belastungen sowohl zeitlich als auch bezüglich des Tätigkeitsprofils deutlich über denen anderer Beschäftigter des öffentlichen Dienstes liegen. Interessant und alar-

mierend zugleich: Der Anteil des reinen Unterrichts an der gesamten Arbeitszeit ist über die Jahrzehnte deutlich gesunken, während die peripheren Tätigkeiten stark zunahm. Demgegenüber wird die Arbeitszeit jedoch weiterhin starr an der Regelstundenzahl gemessen. Eine schlechende Arbeitszeiterhöhung also, bis hin zur Sieben-Tage-Woche. Damit verbindet sich ein weiteres zentrales Anliegen der beiden Fachgruppen: der Arbeits- und Gesundheitsschutz.

#### Bildung in der digitalen Welt

Die Bundesfachgruppen Haupt- und Realschulen bereiteten sich 2017 auch intensiv auf den Gewerkschaftstag vor, der unter anderem einen Beschluss zur Bildung in der digitalen Welt fasste. Dieses Thema wollen wir auch weiterhin begleiten und je einen Vertreter in eine entsprechende AG auf Bundesebene entsenden. Die beiden Gremien verständigten sich deshalb über den Stand der digitalen Bildung in den Bundesländern und tauschten Erfahrungen und Anregungen aus. Wir besprachen die sächlichen Ausstattungen der Einrichtungen und die damit einhergehenden unterschiedlichen, offensichtlich mitunter zulasten der Schulen gehenden bürokratisch überfrachteten Verfahren. Darüber hinaus stellte sich aber auch die Frage der pädagogischen Umsetzung. Wie werden IT-Themen in den Curricula verankert, werden ausreichend Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte vorgehalten, welche Chancen und Gefahren werden ausgemacht?

Klar ist, den Bundesfachgruppen Haupt- und Realschulen werden die Themen auch in Zukunft nicht ausgehen. Unter <https://www.gew.de/ausschuesse-arbeitsgruppen/> finden sich weitere Informationen und Kontaktadressen der Mitglieder.

#### Für die Bundesfachgruppen Haupt- und Realschulen:

Stefan Hofmann (Sachsen-Anhalt),  
Jürgen Riegler (Rheinland-Pfalz),  
Micha Tietz (Rheinland-Pfalz),  
Isabella Zang (Bayern)



## Schuljahr 2017/18: Allgemeinbildende Schulen im Spiegel der Statistik

**411.521 Schüler\*innen besuchen im laufenden Schuljahr die allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Das sind rund 3.800 weniger als im vergangenen Schuljahr. Die Integrierten Gesamtschulen, die Grundschulen, die Förderschulen verzeichnen Schüler\*innenzuwächse.**

20,1% der Schüler\*innen haben einen Migrationshintergrund. Bei den öffentlichen Schulen liegt deren Anteil bei 21,4%, bei den privaten Schulen bei 5,4%. Die Stadt Ludwigshafen und die Stadt Mainz haben mit 46,5% bzw. 32,7% die höchsten Quoten. 33.640 Schüler\*innen (558 mehr als im Vorjahr) starteten ihre Schullaufbahn im 1. Schuljahr der Grundschule. Dies ist das dritte Schuljahr mit insgesamt ansteigenden Einschulungszahlen. 3,5% der in die Grundschule Eingeschulten waren Kann-Kinder und 3,7% starteten nach einer Zurückstellung. Darüber hinaus begannen 207 Schüler\*innen in den Freien Waldorfschulen und 1.046 Schüler\*innen (1.011 in 2013/14, 941 in 2014/15, 981 in 2015/16, 986 in 2016/17) in Förderschulen ihre Schullaufbahn. Unter der Zielsetzung der Inklusion müssten längst strukturelle, personelle und materielle Maßnahmen ergriffen worden sein, damit möglichst alle Schüler\*innen am Unterricht in der Grundschule teilhaben können.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zugänge in die 5. Klassenstufe des Schuljahres 2017/18 und deren Verteilung nach Schularten:

Schulart	Insgesamt	
	Anzahl	%
Gymnasien	13.742	41,5
Integrierte Gesamtschulen	5.949	18,0%
Schulartübergreifende Orientierungsstufen	2.474	7,5%
Realschulen plus	10.373	31,3%
Realschulen	353	1,1%
Hauptschulen	11	0,0%
Freie Waldorfschulen	26	0,1%
Förderschulen	206	0,6%
<b>Insgesamt</b>	<b>33.134</b>	<b>100%</b>

7.710 Schüler\*innen wiederholen im laufenden Schuljahr die Klassenstufe. Nicht erfasst sind hier die Fälle, in denen Schüler\*innen ihre Schulart verlassen mussten und abgeschult wurden. Fast 50% der Wiederholer\*innen befinden sich in der Realschule plus. Von der Nichtversetzung sind die Jungen mit 61% betroffen. Die Schulen sind personell immer noch nicht so ausgestattet und in der Lehrerfortbildung hat der Umgang mit Heterogenität noch nicht den erforderlichen Stellenwert, damit die erwartete und notwendige individuelle Förderung so erfolgreich ist, dass „Sitzenbleiben“ unterbleibt.

(Quelle: Statistische Berichte Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 2017/18 und eigene Berechnungen)

Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Schuljahr 2017/18	Schüler*innen	davon an Regelschulen	
		absolut	in %
Förderschwerpunkt	absolut	absolut	in %
Lernen	12.198	4.820	39,5%
Ganzheitliche Entwicklung	3.419	334	9,8%
Motorische Entwicklung	1.706	10.373	7,4%
Sprache	1.159	229	19,8%
Sozial-emotionale Entwicklung	1.080	165	15,3%
Gehörlose und Schwerhörige	565	56	9,9%
Blinde und Sehbehinderte	169	24	14,2%

Auffallend ist, dass trotz des weiteren Schülerrückgangs von gut 3.700 Schüler\*innen gegenüber dem Schuljahr 2016/17 die Zahl der Schüler\*innen an Förderschulen wieder gestiegen ist. Noch nicht einmal 30% der Schüler\*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind in Regelschulen integriert.

Legen wir die UN-Behindertenrechtskonvention zugrunde, die in Deutschland seit 2009 geltendes Recht ist, dann wird deutlich, dass die Bildungs- und die Gesellschaftspolitik noch erhebliche Aufgaben erfüllen muss, damit das geltende Recht auch in der schulischen Praxis umgesetzt wird. Neben der notwendigen auf Inklusion ausgerichteten Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung sind die personellen Ressourcen zu erhöhen und die pädagogische Arbeit in multiprofessionellen Teams deutlich zu verbessern sowie die Schulstruktur endlich in Richtung EINE Schule für ALLE zu entwickeln.

Schulentlassene allgemeinbildender Schulen Ende des Schuljahres 2016/17 nach Abschlussart. Abschlussart:	Insgesamt	
	Anzahl	%
ohne Berufsreife	2.785	6,7
Berufsreife	7.824	18,9%
Qualifizierter Sekundarabschluss I	14.717	35,5%
Fachhochschulreife (schulischer Teil)	1.1383	2,7%
Abitur	15.024	36,2%
<b>Insgesamt</b>	<b>41.488</b>	<b>100,0%</b>

Bei einer im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Quote (6,7% gegenüber 5,9%) verließen 2357 Jugendliche die allgemeinbildende Schule ohne den Mindestabschluss der Berufsreife.

Die Statistik zeigt, dass die männlichen Jugendlichen weniger erfolgreich die Schule beenden als die Schülerinnen. Die deutliche Benachteiligung der Schüler\*innen mit Migrationshintergrund, wie sie aus den erreichten Schulabschlüssen zu erkennen ist, konnte nicht abgebaut werden. Frühzeitige Arbeits- und Lebensweltorientierung, vermehrter Kontakt mit der Berufswelt, systematische Kooperation zwischen Schulen, Agentur für Arbeit und der Arbeitswelt sollten alle zu einem Abschluss mit Anschluss befähigen. Dazu fehlen immer noch ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag und eine zielgerichtete Personalausstattung.

d.r

## GEW auf dem Festival Open Ohr vertreten

Vom 18.–21.05.2018 fand das 44. Open Ohr-Festival in Mainz mit dem Motto „Körperbau“ statt. Die GEW-Betriebsgruppe Mainz und die DGB Jugend Rheinland-Pfalz/Saar informierten über die Mitgliedsgewerkschaften und stellten die politische Bildungsarbeit der Organisationen vor.

Digitalisierung, Genetik, Robotik und die Sehnsucht nach andauernder Optimierung aller Lebensbereiche. Diese und viele weiterer Themen waren der inhaltliche Rahmen des 44. Open-Ohr-Festival auf der Zitadelle in Mainz. Mit einem neuen Besucherrekord und einer konsequenten Weiterentwicklung zu mehr Familienfreundlichkeit konnte das legendäre Festival erneut seine Symbiose aus Wandlungsfähigkeit des Programmes und der politischen Brisanz der Thematik eindrucksvoll unter Beweis stellen.

Bereits das dritte Jahr in Folge konnte die GEW-Betriebsgruppe der Stadt Mainz gemeinsam mit der DGB-Jugend einen der sehr begehrten Infostand-Plätze auf dem Festivalgelände ergattern. An drei Tagen konnten sich Interessierte im Infostand über die Arbeit der Gewerkschaften und gewerkschaftsnahen Organisationen informieren, Fragen stellen und an Workshops teilnehmen.

Einen großen Schwerpunkt des Infostands stellte die Kampagne „Bildung. Weiter denken!“ der GEW dar, und es wurde über die aktuellen bildungspolitischen

Entwicklungen informiert. Regen Zulauf gab es bei der Postkartenaktion, welche die Besucher/innen des Standes animierte, ihre Gedanken zu „Guter Bildung“ darzustellen. Die Ergebnisse der Postkartenaktion werden in die Vorbereitung der Kommunalwahl und die politische Arbeit der Betriebsgruppe einfließen. Neben der Forderung nach besserer Bezahlung der Beschäftigten in Bildungsreinrichtungen und einer besseren finanziellen Ausstattung der Institutionen wurde von den Besucherinnen und Besuchern besonders häufig eine Demokratisierung der Schulen und Bildung als Möglichkeit zur Chancengerechtigkeit genannt.

Die anstehende Novellierung des rheinland-pfälzischen Kindertagesstättengesetzes und das durch die Bundesfamilienministerin Franziska Giffey angekündigte „Gute-Kita-Gesetz“ sorgten für Gesprächsstoff im Infostand, waren doch besonders viele Familien auf dem Open Ohr, deren Kinder in Kindertagesstätten betreut werden. Einhellige Meinung der Standbesucher/innen im Pavillon: Die Qualität der Kindertagesstätten hängt mit dem Betreuungsschlüssel in den Einrichtungen zusammen – und dazu ist eine Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation unabdingbar.

Die gewerkschaftliche Vorfelddarbeit stellte einen weiteren Schwerpunkt dar. Studierende und Auszubildende hatten die Gelegenheit, sich über die Arbeit der Gewerkschaften zu informieren und Fra-



gen zu stellen. Dabei wurde deutlich, dass es einige Unsicherheiten gibt, weshalb die Mitgliedschaft für alle sinnvoll ist und was die Arbeit der Gewerkschaften kennzeichnet. Gleichzeitig konnte beobachtet werden, dass sich die Sensibilisierung für die Arbeit der Gewerkschaften ausgezahlt hat, was nicht zuletzt die Gewinnung von Neumitgliedern gezeigt hat. Gerade viele Auszubildende nutzen die Möglichkeit, sich Informationen zu ihren Rechten während der Ausbildung einzuholen und Missstände in den Betrieben zu nennen. Neben der Arbeit der GEW und der DGB Jugend stellten sich auch die Projekte „Netzwerk Demokratie und Courage“ (NDC) sowie das Projekt „Not like Dis“, welches Antidiskriminierungsarbeit in Betrieben leistet, am Infostand vor. Gerade die Antirassismus- und Antisexismusarbeit beider Projekte bewerteten die Besucherinnen und Besucher positiv. Der am Infostand angebotene Workshop „Reichtum & Gesellschaft“ bot zudem einen Einblick in den Projekttag „Demokratie und Mitbestimmung“ der DGB Jugend und sorgte für viele Interessierte am Stand mit intensiven weiterführenden Gesprächen. Der Rahmen des Festivals und das dort vertretene, besonders auch junge, Publikum bieten die Möglichkeit, nachhaltig über Gewerkschaften zu informieren und Menschen für die Notwendigkeit einer Gewerkschaftsmitgliedschaft zu sensibilisieren. Drei intensive Tage am Infostand haben sich in den Augen der GEW Betriebsgruppe Mainz mehr als gelohnt, und die Vorfreude auf das Open Ohr 2019 ist bereits jetzt spürbar.

*Kathrin Gröning & Alessandro Novellino  
Koordination der Betriebsgruppe der  
Stadt Mainz in der GEW*



## Theaterstück von Mehmet Kilic in Bad Kreuznach aufgeführt „Von wem, wenn nicht von mir selbst“

Claudia Römer

Der über die Grenzen Bad Kreuznachs bekannte Autor Mehmet Kilic brachte mit seinem jüngsten Theaterstück „Von wem, wenn nicht von mir selbst“ ein ausgesprochen sozialkritisches Werk auf die Bühne. Damit hatte er nicht nur sich, sondern allen seinen Schauspielkollegen ein ehrgeiziges Ziel gesteckt, das aber über monatelange Probenarbeit und viel Liebe zum Detail zu einem gelungen zu nennenden Abschluss geführt wurde.

Der vordere Teil der Kleinkunstabtuhne „Loge“ ist zu einem Gerichtssaal umgewandelt worden, mehrere Laptops sind zu sehen, ansonsten nimmt eine riesige Leinwand den Blick des Betrachters gefangen. Und schon bevölkern Menschen mit grünen und weißen Haaren und langen Gewändern die Bühne.

Schnell wird klar, wer zum Verhandlungsteam gehört: Zum einen hat Herr Mubila (Dr. Michael Vesper als Überraschungsgast) als Präsident des Obersten Nationalgerichtes eine exponierte Stellung inne, ansonsten stehen sich die Vertreter der Staatsanwaltschaft, die Kläger und Angeklagten gegenüber. Doch was gilt es hier vorzutragen? Zufällig ist die junge Touristin Jane an ihrem ersten Urlaubstag auf eine merkwürdig anmutende Liveübertragung aus dem All

gestoßen. Die Astronauten von der Erde, seit Jahren im All vermisst, melden sich überraschend von einem Himmelskörper namens GIGA aus. In deren mächtigstem Staat, dem Nordwest-Pakt (NWP), beginnt soeben eine Gerichtsverhandlung gegen die Mitglieder des Vereins „Menschen für Menschen“. Grund hierfür ist ein schlimmer „Terroranschlag“, bei dem 17513 Menschen ihr Leben lassen mussten.

Auf der GIGA herrschen im Jahr 4051 extrem veränderte Lebensbedingungen, die einen starken Paradigmenwechsel hervorrufen. „Immer mehr Gewalttaten gegen eine Mehrheit“ müssen verzeichnet werden. „Hinter Festungsmauern wohnt im Wohlstandsparadies die Minderheit“, die für sich ein „immer reicheres und längeres Leben“ in Anspruch nimmt und unverhohlen arrogant und anmaßend auftritt. Als Vertreterin der Angeklagten und „Armen“ rückt Frau ANA in den Fokus (souverän gespielt von Annette Bauer), deren Ziel nicht weniger als die Befreiung der Menschen aus der „Knechtschaft“ ist. Verschiedene Zeugen melden sich zu Wort, eine Prostituierte beispielsweise erklärt ANA zur „einzigen und letzten Hoffnung“, ein Obdachloser bezeichnet sie als „Mutter aller Menschen“ und fordert „Freispruch für ANA“, drei Senioren

rufen „Bravo für Menschen für Menschen“! und die Kinder halten fest: „Wir Kinder wünschen uns ein schönes Leben für alle.“ Ihr Einsatz soll sich am Ende gelohnt haben, der Präsident des Obersten Nationalgerichtes verkündet nach langem Hin und Her: „Die Angeklagten werden freigesprochen! Ein menschenwürdiges Leben für alle ist möglich!“

Wieder einmal hat Mehmet Kilic mit diesem Friedensprojekt bewiesen, wie sehr ihm das Wohlergehen der Menschen am Herzen liegt. Seine Inszenierung, abwechslungsreich durch Pantomime (besonders bemerkenswert: Corina Ramona Ratzel und ihre „Kinder“), Einblendungen und szenisches Spiel dargeboten, hinterlässt einen nachdenklichen Zuschauer, der merkt: „Auch ich bin gemeint. Auch meine Welt ist in Gefahr!“

Intention des Stückes ist, die Menschen wachzurütteln. „Kein anderes Wesen hat die Aufgabe, die Verantwortung und die Verpflichtung, dies zu ändern, als der Mensch selbst. Kein anderes Wesen ist fähig, dies zu ändern und ein menschenwürdiges Leben auf der Erde zu ermöglichen, als der Mensch selbst!“

Der Erlös der Veranstaltungen geht an das Projekt „Wasser in Tansania“.

Foto: Felix Braun



## „Wir wollen Kindern und Jugendlichen eine Stimme geben“

Dieter Burgard und Klaus Lotz berichten über die Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche

Seit dem 1. Mai 2017 besteht die Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche des Landes Rheinland-Pfalz. Sie entstand als eine von mehreren Konsequenzen aus dem Aufarbeitungprozess „Heimerziehung der 1950er und -60er Jahre“. Die Beschwerdestelle bietet Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz, sowie ihren Betreuungs- oder Bezugspersonen kostenlos, vertraulich und unabhängig einen Ort mit offenem Ohr für ihre Anliegen. So sollen unter anderem Missstände in Bildungs- und Hilfeinrichtungen schneller aufgedeckt und verhindert werden können. Die Beschwerdestelle dient aber auch der Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen. Dieter Burgard, der seine Aufgabe als Bürgerbeauftragter nach acht Jahren zum 01. Mai 2018 an seine Nachfolgerin abgegeben hat, und Klaus Lotz, Mitarbeiter der Beschwerdestelle, berichten im Interview mit Maria Schäfer über ihre Arbeit.

*Wie werden Kinder und Jugendliche auf die Beschwerdestelle aufmerksam?*

**Burgard:** Wir betreiben viel Öffentlichkeitsarbeit. Beispielsweise besuchen wir Heime, um uns persönlich bekannt zu machen, und versorgen Einrichtungen mit Flyern. Zudem sind wir in den Netzwerken der Jugendämter vertreten. Wir wollen so bekannt wie möglich werden, um den Bürgern und Bürgerinnen zur Verfügung zu stehen. Deshalb führen wir unter anderem auch Interviews (lacht).

*Wie kommen Kinder und Jugendliche mit der Beschwerdestelle in Kontakt?*

**Lotz:** Unterschiedlich. WhatsApp ist beispielsweise eine Kommunikationsform, die wir bewusst anbieten. Wir werden aber auch per Telefon und manchmal noch per Brief kontaktiert.

*Wer meldet sich bei der Beschwerdestelle?*

**Lotz:** Häufig sind es Bezugspersonen von Kindern und Jugendlichen wie Eltern, Lehrkräfte oder Erzieher/innen, die das Kind auf die Beschwerdestelle aufmerksam machen und sich dann bei uns melden. Je jünger die Kinder sind, desto eher sind diese darauf angewiesen, dass aufmerksame Erwachsene sich für ihre



Auf unserem Foto (v.l.n.r.): Dieter Burgard, Maria Schäfer und Klaus Lotz

Rechte einsetzen. Manchmal melden sich Mitarbeiter/innen aus der Kinder- und Jugendhilfe, um auf Missstände in Einrichtungen aufmerksam zu machen. Auch anonymen Hinweisen gehen wir nach.

**Burgard:** Kinder und Jugendliche bekommen bei uns auch kostenlos Rechtsberatung. Sie erfahren, welche konkreten Möglichkeiten sie in ihrem Einzelfall haben. Wir sind genauso für junge Menschen über 18 Jahre da. Beispielsweise wurden wir in einem Fall an einem Freitagnachmittag angerufen. Ein junger Erwachsener teilte uns mit, dass er ab Montag keine Wohnung mehr habe. Er erklärte uns, das Problem seien ihm und seinen Bezugspersonen schon länger bekannt, jedoch wurde bisher keine Lösung gefunden. Wir haben uns dem Anliegen aufgrund seiner Dringlichkeit noch am selben Nachmittag angenommen und bis zum Abend einiges klären können.

*Welche Anliegen erreichen die Beschwerdestelle?*

**Burgard:** Es gibt Fälle, in denen Kinder oder Jugendliche unzufrieden mit der Unterstützung vom Jugendamt sind. Wir haben dann die Möglichkeit, Entscheidungen über Hilfeanträge oder Hilfeplanungen noch einmal genauer zu betrachten und unter Umständen für das Kind oder den Jugendlichen eine bessere Lösung zu finden.

Oder ein Jugendlicher wechselt die Einrichtung, in der er lebte, und berichtet im Nachgang, welche zu bemängelnden Zustände in dem vorherigen Heim herrschten. Das neue Heim hat dann erst mal

wenige Möglichkeiten, etwas zu tun, aber die Beschwerdestelle ist ein vertraulicher Ansprechpartner.

**Lotz:** Es gibt auch Fälle, in denen sich Kinder im Laufe eines Trennungs- und Scheidungsverfahrens ihrer Eltern nicht gut vertreten fühlen. Beispielsweise sind sie mit der gerichtlich getroffenen Umgangsregelung nicht einverstanden. Auch Konflikte in Schulen und Kitas über Erziehungsmaßnahmen oder Entscheidungsabläufe gehören zu Anfragen, die uns erreichen, um nur einige Beispiele zu nennen.

*Was ist nach Kontaktaufnahme der nächste Schritt?*

**Burgard:** Wenn ein Kind oder Jugendlicher sich an uns wendet, nehmen wir zuerst Kontakt zu ihm auf. Wir treffen uns für ein persönliches Gespräch an einem möglichst neutralen Ort, zum Beispiel in einem Café. In dieser Begegnung hören wir uns ausführlich die Sicht des Kindes oder des Jugendlichen an. Anschließend loten wir aus, wer weitere wichtige Personen sind. Das können beispielsweise die Eltern, das Jugendamt, eine Lehrkraft oder die Ansprechpartner bei der ADD sein. In einem Fall haben sich Eltern an uns gewandt, die sich mit ihrem Kind überfordert fühlten und erfolglos Unterstützung beim Jugendamt beantragten. Der Ablehnung des Hilfeantrags gingen wir mit viel Intensität nach, zuletzt auch mit Druck über den Landrat. Im Ergebnis wurde der zuständige Mitarbeiter ausgewechselt. Vor allem bei schwierigen Entscheidungen, die das Jugendamt manchmal treffen

muss, erleben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unsere Arbeit als Unterstützung, um die Kommunikation zwischen Bürgern und Amt zu verbessern.

*Was macht es möglich, in Konflikten zwischen beteiligte Personen erfolgreich zu vermitteln?*

**Lotz:** Was im Einzelfall gebraucht wird, um ein gutes Ergebnis für Kinder und Jugendliche zu bewirken, ist sehr unterschiedlich. Uns ist es in erster Linie wichtig, dass sich alle Beteiligten ernst genommen und gehört fühlen. Manchmal ist es hilfreich, alle an einen Tisch zu bringen. Die Schwierigkeit ist dabei zunächst, dass sich alle mit Vorwürfen überziehen. Unsere Aufgabe besteht dann darin, Sachverhalte, Wünsche und Bedürfnisse der Beteiligten so zu übersetzen, dass Verständnis und Entgegenkommen möglich werden.

**Burgard:** In einigen Fällen braucht es auch Beharrlichkeit. Da hilft es, dass wir als neutrale Stelle vom Land Rheinland-Pfalz einen gewissen Druck auf Institutionen und Einrichtungen ausüben können. Wir geben uns nicht unbedingt mit einer ersten Stellungnahme zufrieden. Wir nutzen unsere Kompetenzen wie das Recht auf Akteneinsicht oder Zutritt sowie unsere Möglichkeiten, Gespräche oder Besuche durchzuführen. Die Schritte sprechen wir immer im Vorfeld mit dem Hilfesuchenden ab.

Außerdem sind Eltern und ihre Kinder nicht abhängig von uns. Sich beim Jugendamt zu beschweren, von dem man eventuell noch Hilfe braucht, ist eine weitaus größere Hürde. Es macht einen Unterschied, ob ein Verein oder eine Privatperson noch mal beim Jugendamt nachfragt oder ob der Landtag das tut. Auch ein Jugendhilfeträger, eine Schule oder eine psychologische Einrichtung sind immer von unterschiedlichen Interessen geleitet und somit in Abhängigkeiten, die einer guten Lösung für das Kind im Weg stehen könnten. Unsere Unabhängigkeit hilft uns, Neutralität zu vermitteln und authentisch mit allen Beteiligten in einen offenen Dialog zu kommen. So kann auch bei Bürgern, die sich ungerecht behandelt fühlen, wieder Vertrauen in Behörden hergestellt werden. Umgekehrt melden uns Behörden zurück, dass sie unsere Arbeit als Erleichterung im Kontakt mit verunsicherten Bürgern empfinden.

*Was braucht man fachlich und persönlich, um die Aufgabe der Beschwerdestelle gut zu machen?*

**Lotz:** Zunächst ist ein juristisches Grundgerüst unverzichtbar, um kompetent in rechtlichen Fragen zu sein. Des Weiteren ist Lebenserfahrung ein unersetzlicher Wert, um Zugang zu Kindern oder Jugendlichen und ihren unterschiedlichen Lebenssituationen zu bekommen. Außerdem muss man zuhören können. Die Aufgabe ist aber auch sehr an die Person des Bürgerbeauftragten gekoppelt. Gute Kontakte zu Landräten, Einrichtungsleitungen oder anderen Institutionen erleichtern ein Vermitteln im Sinne der Kinder und Jugendlichen.

**Burgard:** Manchmal muss man auch bereit sein, kreativ zu denken. Gerade bei verhärteten Fronten braucht es die Idee eines dritten Wegs, den alle Beteiligten gehen können.

*Was müsste sich in unserem Land noch verändern, um die Zahl der Beschwerden von Kindern und Jugendlichen zu senken?*

**Burgard:** Ich war über zwei Jahrzehnte im Jugendhilfeausschuss und habe immer wieder in Diskussionen mitbekommen, dass die Frage der Finanzierung im Vordergrund steht. Dabei fehlt es aus meiner Sicht an einem langfristigen Blick auf die Nachhaltigkeit einer Investition in Jugendhilfe. Viele Hilfen zahlen sich später aus für unsere Gesellschaft. Ein Beispiel ist der Jugendstrafvollzug. Dieser Bereich braucht viel mehr finanzielle Unterstützung, denn die Rückfallquote von Straftätern ist nach wie vor zu hoch.

Ein anderes Beispiel ist ein Erlebnis mit einem Mädchen, welches mich um Hilfe bat. Ihre Mutter hatte einen neuen Partner, der sie schlug. Das Mädchen war dankbar über die Möglichkeit, zunächst in einer Einrichtung Sicherheit zu finden. Ich half ihr beim Weg in eine Heimgruppe. Schon am nächsten Tag erklärte mir das zuständige Jugendamt in einem Telefonat, dieses Heim sei zu teuer, sie müsse in eine weiter entfernte, günstigere Einrichtung. Zum Glück konnte ich in einem Gespräch mit dem Jugendamtsleiter diesen Umzug abwenden.

**Lotz:** Das ist das große Dilemma der Jugendämter: Kosten im Blick zu behalten und gleichzeitig gute Hilfen zu finden. Auch unter Trägern und deren einzelnen

Einrichtungen gibt es große Unterschiede in Bezug auf Qualität. Einladungen von Einrichtungen nehmen wir deshalb immer gerne an und nutzen die Offenheit von Trägern, unsere Arbeit für Kinder und Jugendliche zu unterstützen.

*Mit welchen Institutionen gibt es positive Erfahrungen bei der Umsetzung von Kinderrechten?*

**Lotz:** Grundsätzlich haben wir guten Zugang zu Schulen, übers Ministerium und die ADD. Aber auch mit Schulleitungen sind unsere Erfahrungen in der Regel gut. Wir erleben bei Lehrkräften mehr Verständnis für Kinderrechte als vor 20 Jahren.

**Burgard:** In den meisten großen stationären Einrichtungen hat sich viel zum Positiven verändert. Vor allem dank der Auseinandersetzung im Rahmen des „Runden Tisches Heimerziehung 50er Jahre“ sind Beschwerdeverfahren für Kinder und Jugendliche als Qualitätsmerkmal mittlerweile unverzichtbar.

**Lotz:** Dennoch gibt es immer noch Unterschiede im Ablauf dieser Beschwerdeverfahren. Diese dürfen beispielsweise nicht zu bürokratisch und damit unpraktisch für Kinder sein. Wir hatten im Rahmen unserer Tätigkeit auch die Möglichkeit, solche Verfahren genau zu überprüfen und bei Bedarf Nachbesserungen im Sinne der Rechte von Kindern und Jugendlichen einzufordern.

*In welchem Bereich gibt es noch Nachholbedarf in Sachen Kinderrechte?*

**Burgard:** Ich würde mir von den Kreisen unseres Landes wünschen, dass Pflegefamilien genauer in den Blick genommen werden. Aus meiner Sicht gibt es einige Pflegefamilien, die in erster Linie Geld mit der Aufgabe verdienen wollen und bei denen das Wohl der Kinder aus den Augen geraten kann.

Auch gesellschaftliche Vorurteile gegenüber Kindern und Jugendlichen, die in Heimen leben, sehe ich noch als Problem. Leider finden sich Vorbehalte sogar noch bei einigen Lehrkräften, die Kinder aus Heimen zumindest durch einen negativen Blick auf Jugendhilfe stigmatisieren. So nach dem Motto: „Wir wissen ja, woher du kommst...“

*Vielen Dank für das Gespräch.*

GEW-Redakteur Günter Helfrich im Gespräch mit der neuen Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck

## Politik unmittelbar an den Menschen, mit den Menschen und für die Menschen

*Liebe Jutta, auch wenn Landesbildungspolitik kein Kernthema für dich als Oberbürgermeisterin ist, möchten wir dich unseren Mitgliedern vorstellen, weil es doch viele gefreut hat, dass nach 16 Jahren eine Arbeiterstadt wie Ludwigshafen endlich wieder rot regiert wird – und dazu noch von einer ehemaligen DGB-Vorsitzenden. Vielen Dank, dass du dir trotz deines dichten Terminkalenders Zeit für uns genommen hast, und gleich vorneweg eine Frage zu deinem Befinden: Geht es dir nach einem knappen halben Jahr im Amt noch gut angesichts des Bergs von Aufgaben, die du zu bewältigen hast? Es sind ja eher mehr als weniger geworden.*

Hinter mir liegen intensive Wochen, aber es ist eine sehr schöne Zeit. Ich wusste, was auf mich zukommt, und das neue Amt macht mir großen Spaß. Ich sehe die Aufgaben als Herausforderung, die ich konsequent angehen will. Die Vielfältigkeit der Herausforderungen bietet auch einen wahnsinnig großen Gestaltungsspielraum. Und das ist natürlich der Reiz an der Aufgabe, gerade mit Blick auf die Zukunft.

*Die GEW versteht sich bekanntlich als Bildungsgewerkschaft. Ich fand deinen Wahlsieg vor allem unter dem Aspekt der politischen Bildung beachtlich. Kannst du ein bisschen aus dem Nähkästchen plaudern? Wie ist deine letztlich so erfolgreiche Wahlkampfstrategie entstanden? Du warst ja gleich voll im Angriffsmodus. Hat dich diese geniale Agentur beraten, die auch den Wahlkampf von Malu Dreyer gemanagt hat? Oder hast du am Küchentisch mit Vertrauten beraten, wie die Mehrheit der CDU geknackt werden könnte?*

Wir hatten eine Agentur, die lediglich das Corporate Design gestaltet hat. Die Wahlkampfhalte und Wahlkampfschwerpunkte sind tatsächlich im kleinen Kreis entstanden.

Auch die Idee des beteiligungsorientierten Wahlkampfs, in dem ich die Anliegen und Themen der Bürgerinnen und Bürger bei Stadtteilforen aufgegriffen habe, kam von

mir selbst. Da wollte ich wissen: Wo sind die Veränderungswünsche und auch die Vorschläge der Bürgerschaft für unsere Stadt? Es war mein Wunsch, dass sich jeder und jede daran beteiligen kann. Und so haben wir uns dieser Idee in einem kleinen Wahlkampfteam sehr früh angenommen.

*Mit wahlentscheidend war wohl, dass du ein breites Bündnis von Unterstützern (andere Parteien, Organisationen, Einzelpersonen usw.) schmieden konntest. Wie ist dir das gelungen?*

Ich bin seit 1996 in der Ludwigshafener Kommunalpolitik und war vorher auch ehrenamtlich aktiv. In dieser Zeit haben viele Menschen – über Parteigrenzen hinweg – eine Jutta Steinruck kennengelernt, die parteiübergreifend denkt, an der Sache orientiert ist und der man auch vertrauen kann. Dieses jahrzehntelang gewachsene Vertrauen war die Basis. Ich habe beispielsweise auch Themen anderer Parteien sehr transparent in mein Arbeitsprogramm aufgenommen.

In meiner bisherigen politischen Arbeit habe ich bewiesen, glaubwürdig und parteiübergreifend zu arbeiten, und habe dies auch jetzt als Oberbürgermeisterin versichert.

*Ein weiterer wichtiger Grund für deinen Erfolg war gewiss die Tatsache, dass du bis an die „Schmerzgrenze“ offen für die Anliegen der Bevölkerung warst (und natürlich noch bist). Aber lässt sich das durchhalten? Oder wäre es nicht besser, die Verwaltung dazu zu bringen, in deinem Sinne der Offenheit und Transparenz zu agieren?*

Was heißt hier „Schmerzgrenze“? Eine Oberbürgermeisterin zu sein, ist kein Selbstzweck des Amtes oder der Verwaltung, sondern bedeutet, die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger tatsächlich ehrlich aufzugreifen. Das Aufgreifen der Anliegen ist die Aufgabe der Verwaltung – und heißt nicht, eigene Vorstellungen umzusetzen und im eigenen Saft zu schmoren.



**Jutta Steinruck**, geb. 1962 in Ludwigshafen, geschieden, ein Sohn, seit 1. Januar 2018 Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen

### **Politischer Werdegang**

- 2009 bis 2017 Abgeordnete des Europäischen Parlaments
- 2006 bis 2009 Mitglied des Landtags Rheinland-Pfalz
- 1999 bis 2009 Mitglied im Stadtrat der Stadt Ludwigshafen

Ich habe in meinem Arbeitsprogramm nichts drinstehen – obwohl ich die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger aufgegriffen habe –, von dem ich nicht selbst auch überzeugt bin, dass es sich umsetzen lässt.

Natürlich kann ich das nicht alleine. Ich bin die Impulsgeberin – und brauche die Unterstützung der Bürgerschaft, der städtischen Gremien und der Dezernenten sowie aus Berlin und Mainz, um Dinge tatsächlich umsetzen zu können.

*Und wie gehst du mit absurden Wünschen um? In meinem Viertel in Süd gibt es Leute, die Kinder am liebsten aus einem Schulgebäude verbannen würden*

Ich höre zunächst allen Menschen, die konkrete Vorstellungen und Wünsche haben, zu. Dann versuche ich zu hinterfragen, warum sie diesen Wunsch haben und wo die Probleme liegen. Tatsächlich geht es darum, Probleme auch aufzugreifen oder zu erklären, warum die Lösung, die sie sich vorstellen, nicht möglich ist.

Ich habe eine Sache festgestellt: Wenn man Menschen plausibel erklärt, warum nicht alle Vorstellungen umgesetzt werden können, entsteht in den allermeisten Fällen Verständnis dafür.

*Wie fühlst du dich von der Lokalpresse behandelt? Ich finde, die sind manchmal etwas dreist. Als es um deine Amtseinführung ging, lautete ein Titel: „Zu Jutta kommt sie.“ Damit sollte Malu Dreyer kritisiert werden, die nicht bei der Verabschiedung deiner Vorgängerin war.*

Ich bin froh, dass ich in einem demokratischen Land geboren bin und lebe, in dem die Medien unabhängig von der Politik agieren und schreiben können. Die freie Meinungsäußerung ist ein gutes und wichtiges Privileg.

Ich fühle mich von der Lokalpresse fair behandelt, aber gerade mit Blick auf die Inhalte ist es – wie so oft im Leben – kein „Wünsch dir was“. Als Politikerin muss ich dem auch standhalten können, dass in der Tagespresse auch Dinge stehen, die unangenehm sind.

*Wie siehst du als ehemalige DGB-Vorsitzende dein Verhältnis zu den Gewerkschaften? Deine Teilnahme an der Kundgebung beim Warnstreik in der vergangenen Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes hat vielen imponiert – und noch mehr, dass du über hundert neue Stellen in der Stadtverwaltung geschaffen hast.*

Ich bin 2004 von der Arbeitgeberseite als DGB-Vorsitzende auf die Arbeitnehmerseite gewechselt. Und jetzt mit Amtsantritt zum 1. Januar 2018 bin ich wieder auf der Arbeitgeberseite. Ich habe zwar die Funktion gewechselt, nicht aber meine innere Überzeugung und meine Haltung zu dem Grundrecht, streiken zu dürfen. Ich habe immer noch die Grundhaltung, dass wir den Kolleginnen und Kollegen gegenüber – auch als Arbeitgeber – Wertschätzung beweisen müssen.

Ich stehe zu dem hervorragenden Konstrukt der demokratischen Mitbestimmung, dessen Grundlage es ist, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf Augenhöhe miteinander Lösungen verhandeln und erarbeiten.

Es ist gut, beide Seiten zu kennen, und ich bin mir sicher, es wird der Verwaltung und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zugutekommen

*Von der Gegenwart zu deinen politischen Anfängen. Du bist relativ spät in die Politik eingestiegen – mit knapp Mitte dreißig. Was hat dich damals politisiert?*

Ich war zu diesem Zeitpunkt ehrenamtlich in meinem Stadtteil aktiv und wollte eigentlich in meinem direkten Umfeld Verbesserungen erreichen. Ich habe dann recht schnell gemerkt, dass die beste Mitgestaltungsmöglichkeit die aktive Mitarbeit in kommunalpolitischen Gremien ist. Und dieses Einbringen hat mir so viel Spaß gemacht, dass ich dabei geblieben bin – und jetzt sitze ich hier und kann für alle Ludwigshafenerinnen und Ludwigshafener Politik machen.

*Wenn du zurückdenkst an deine Zeit als Schülerin, als Mutter und als Elternvertreterin: Was macht für dich eine gute Schule (bzw. generell eine gute pädagogische Einrichtung) aus?*

Gute Bildung ist der Grundstein für einen erfolgreichen Lebensweg. Ludwigshafen fällt als Kommune eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung der Bildungschancen von jungen Menschen zu. Eine gute Schule besteht zunächst aus einem Gebäude, das den Anforderungen der Zeit entspricht – innerlich wie äußerlich. Deshalb ist es mir ein Anliegen, dass das Schulgebäude-Sanierungsprogramm fortgeführt wird und die Ausstattung unserer Schulen modernen Ansprüchen genügt.

Eine gute pädagogische Einrichtung bedeutet für mich auch, dass auf gesellschaftliche Veränderungen Rücksicht genommen wird. Immer mehr Familien bestehen aus zwei vollberufstätigen Eltern – hier sind längere Öffnungszeiten der KiTas sowie der Ausbau von Ganztagschulen unerlässlich.

Zuletzt steht und fällt eine pädagogische Einrichtung mit ihrem Personal. Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer sowie Sozialpädagoginnen und -pädagogen müssen Hand in Hand mit und für Kinder aus allen Schichten und Herkunftsländern arbeiten. Am besten in einem Bildungsnetzwerk, welches durch Schulträger, Wirtschaft und Handwerk sowie die Hochschule ergänzt wird. Ziel ist es, lebenslanges Lernen zu ermöglichen, die Zusammenarbeit der Einrichtungen zu vertiefen und gemeinsame Fortbildung bei fächerübergreifenden Themen zu ermöglichen.

*Als Stadträtin warst du für Bildungspolitik zuständig, später im Landtag nicht mehr. Hat dich das Thema nicht so gepackt, wie es bei vielen anderen der Fall ist? Bildungsministerin wäre doch auch eine interessante Option gewesen, zumal es in deiner Partei diesbezügliche Talente nicht im Überfluss zu geben scheint.*

Ich bin als DGB-Vorsitzende Mitglied des Landtags geworden, und da lag es nahe, dass ich Arbeitsmarktpolitik, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie auch Beschäftigungspolitik als politischen Schwerpunkt mit kurzem Draht zu den Arbeitnehmervertretern weiterbetreibe. Und so war es auch im Europäischen Parlament.

*Nach nur drei Jahren im Landtag bist du auf die europäische Ebene gewechselt. Wie und warum kam das?*

Sowohl die SPD als auch die Gewerkschaften wollten in Straßburg und Brüssel im Europäischen Parlament einen Politiker bzw. eine Politikerin, der / die aus erster Hand Arbeitnehmerinteressen in die europäische Gesetzgebung einbringt.

Ich habe mich damals sehr geehrt gefühlt, dass auch ich gefragt wurde, ob ich mir das vorstellen könne. Und resümierend sage ich, es war richtig so, dass ich das gemacht habe.

*Trotz der vielen Arbeit und der begrenzten Gestaltungsspielräume muss das OB-Amt seinen besonderen Reiz ausüben. Ich denke da an Joachim Hofmann-Göttig und Michael Ebling. Woran liegt das?*

Politik unmittelbar an den Menschen, mit den Menschen und für die Menschen zu machen. Das Amt bringt viele Herausforderungen mit sich, aber ich kann das direkte Lebensumfeld der Menschen gestalten und durch Impulse aus der Bevölkerung auch viele Wünsche gezielt umsetzen. Ich bin hier geboren und aufgewachsen und bin meiner Stadt sehr verbunden – deshalb ist das OB-Amt für mich der schönste Job der Welt

*Herzlichen Dank für das Gespräch und viel Erfolg bei deinem Wirken für unsere gemeinsame Heimatstadt!*

## Fragen aus dem pädagogischen Berufsalltag

Bernd Huster / Dieter Roß

### Dienstreise mit privatem PKW

*Meine Tätigkeit in einer Tagesgruppe eines privaten Jugendhilfeträgers bringt es mit sich, dass ich meinen PKW hin und wieder auch für dienstliche Zwecke nutze. Ich besuche zum Beispiel Familien oder fahre ein Kind zum Arzt. Wer haftet für einen Schaden, der mir durch einen Verkehrsunfall auf einer Dienstreise mit meinen privaten PKW entsteht?*

Falls der Einsatz Ihres privaten PKW auf Weisung des Arbeitgebers erfolgt oder aufgrund betrieblicher Gründe zwingend notwendig gewesen ist, haben Sie im Schadensfall einen Ersatzanspruch gegen Ihren Arbeitgeber. Für einen sogenannten Rückstufungsschaden in der KFZ-Versicherung hat der Arbeitgeber nicht einzutreten, wenn er die steuerrechtlich anerkannte Kilometerpauschale zahlt. Wenn Sie ein Mitverschulden am Verkehrsunfall treffen sollte, könnte der Schadensersatz gemindert werden oder entfallen. Dabei gilt keine Haftung bei leichtester Fahrlässigkeit, anteilige Haftung bei mittlerer Fahrlässigkeit sowie volle Haftung bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz.

### Kita-Kind beschädigt KFZ

*In einem unbeobachteten Moment warfen Kinder Sand mit Schaufeln über einen Zaun des Kita-Geländes. Auf der anderen Seite des Zauns stand das Auto einer Kollegin auf einem öffentlichen Parkplatz. Das Auto wurde von dem Sand beschädigt. Der Außendienst (Aufsicht) fand wie gewohnt statt. Einige Kinder sowie die beiden Kolleginnen befanden sich während des Vorfalls in einer Aufräumsituation. Als eine Kollegin auf das Sandschaufel-Spiel der Kinder aufmerksam wurde, hat sie dieses sofort gestoppt. Ein Kotflügel des Autos ist beschädigt und muss neu lackiert werden, die Windschutzscheibe hat einen Steinschlag. Wer muss für den Schaden unserer Kollegin haften?*

Kindergartenkinder selbst sind aufgrund ihres Alters nicht haftbar zu machen, da sie nicht deliktstüchtig sind. Auch deshalb sind Kinder zu beaufsichtigen. Dritte sollen vor Schäden, die das Kind anrichten könnte, bewahrt werden. In Kitas hat der Träger durch Vertrag die Aufsichtspflicht übernommen. Aus diesem Grund sind entsprechende Haftungsansprüche gegen ihn zu richten. Der Träger haftet auch für Erziehungsfachkräfte, die er zur Erfüllung der Aufsichtspflicht eingesetzt hat. Wenn aber die Aufsicht pflichtgemäß erfolgt sein sollte oder der Schaden bei ausreichend vorhandener Aufsicht auch eingetreten wäre, besteht kein Schadenersatzanspruch gegen den Träger. Die geschädigte Kollegin könnte also im für sie ungünstigen Fall auch auf ihrem Schaden sitzen bleiben.

### Kündigung eines Arbeitsvertrages

*Ich würde gerne in ein anderes Bundesland ziehen und hätte dazu einige Fragen. Aktuell bin ich in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis als Lehrerin in Rheinland-Pfalz angestellt. Da meine Verbeamtung aufgrund eines negativen Berichts der Amtsärztin verweigert wurde, arbeite ich als Tarifbeschäftigte. Ich befinde mich noch bis mindestens März 2019 in Elternzeit. Nach dieser Elternzeit würde ich gerne nach Mecklenburg-Vorpommern ziehen und mir dort eine neue Arbeitsstelle suchen. Muss ich dabei*

*irgendwas Besonderes beachten? Kann ich zum ersten Tag nach meiner Elternzeit überhaupt kündigen? Oder sollte das schon früher sein? Habe ich das Recht mir ein Arbeitszeugnis ausstellen zu lassen? Ich kenne nur dienstliche Beurteilungen, aber diese bekommen ja nur verbeamtete Kolleginnen und Kollegen. Wenn ja, kann ich dies einfach bei meiner Schulleitung beantragen?*

Als Tarifbeschäftigte des Landes gelten für Ihr Arbeitsverhältnis die Bestimmungen des TV-L (Tarifvertrag Länder). Die Kündigung eines Arbeitsvertrages ist danach jeweils zum Quartalsende möglich, also zum 31. März, 30. Juni, 30. September oder 31. Dezember eines Jahres. Die Frist, die Sie für eine Kündigung einhalten müssen, richtet sich nach der Beschäftigungszeit, die Sie bisher beim Land haben. Für eine rechtssichere Auskunft benötigen wir hierzu noch eine entsprechende Information von Ihnen. Bei Beendigung Ihres Arbeitsverhältnisses haben Sie Anspruch auf ein schriftliches Zeugnis über Art und Dauer Ihrer Tätigkeit, das sich auch auf Führung und Leistung erstrecken muss. Auf den Zeugnisanspruch können Sie Ihre Schulleitung schon mal rechtzeitig hinweisen. Gerne können Sie als Mitglied der GEW auch Kontakt zu unserer Geschäftsstelle in Schwerin aufnehmen, wenn Sie Auskünfte bezogen auf das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern einholen wollen.

### Fortbildung von Teilzeitbeschäftigten eingeschränkt

*Die Leitung unserer Kindertageseinrichtung hat angekündigt, dass teilzeitbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen während ihrer Arbeitszeit nur noch in Ausnahmefällen an berufsfachlichen Fortbildungen teilnehmen sollen. Sie begründet diese Maßnahme mit einer dauerhaft angespannten Personalsituation in der Kita. Wie kann ich mich als Betroffene in einer solchen Situation verhalten? Eine teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerin darf nach gesetzlichen Bestimmungen wegen ihrer Teilzeit – solange keine sachlichen Gründe dafür vorliegen – nicht schlechter behandelt werden als eine vergleichbare vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerin. Da sachliche Gründe für eine andere Behandlung von Teilzeitbeschäftigten nicht genannt werden, ist in der Ankündigung der Kita-Leiterin ein Verstoß gegen das Verbot der Diskriminierung zu sehen. Das Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) schreibt den Arbeitgebern sogar ausdrücklich vor, dass diese Sorge dafür zu tragen haben, dass auch teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Förderung der beruflichen Entwicklung teilnehmen können. Sie können Ihren Arbeitgeber auf die gesetzlichen Bestimmungen aufmerksam machen und die Personalvertretung der Dienststelle informieren. Diese hat die Möglichkeit und die Verpflichtung, darüber zu wachen, dass zugunsten der Beschäftigten geltende Vorschriften eingehalten werden.*

### Erkrankung eines Kindes

*Ich bin alleinerziehende beamtete Lehrkraft, habe einen Sohn von sieben Jahren und eine Tochter von vier Jahren. Es kommt immer mal wieder vor, dass eins der Kinder schwer erkrankt ist und ich es nicht alleine lassen kann. Als ich beim letzten Mal mitteilte, dass ich nicht zum Dienst kommen kann, bekam ich den Eindruck vermittelt, als wäre es eine besondere Gnade, dass mein*



*Nichtkommen akzeptiert wurde. Muss ich das so hinnehmen?*  
Grundsätzlich sind Sie gehalten, Sorge zu tragen, dass eine Betreuungsperson zur Verfügung steht. Ist das kurzfristig nicht möglich und ist die Betreuung des Kindes aus ärztlicher Sicht erforderlich, dann ist nach der Urlaubsverordnung § 31 Absatz 3 Nr. 5 Ihnen als Alleinerziehenden bei jedem Kind unter 12 Jahren Urlaub im Umfang von bis zu 14 Urlaubstagen im Kalenderjahr zu gewähren. Wichtig: Es muss hierfür eine ärztliche Bescheinigung vorgelegt werden! Ein Nacharbeiten der ausgefallenen Stunden kann nicht verlangt werden, und es findet auch keine Kürzung der Bezüge statt.

### Herbststatistik

*Wir sind sehr unzufrieden: Bei der Meldung des vorläufigen Gliederungsplans für das kommende Schuljahr bekam die Vorsitzende zwei Tage vor dem Absendetermin einen Paken Statistikblätter übergeben mit der Bitte, den ÖPR-Bogen unterschrieben zurückzugeben. Wir haben uns zu dritt zusammengesetzt, die einzelnen Blätter durchgesehen, vieles nicht verstanden und schließlich unterschrieben. Aber mit der Art und Weise, wie das gelaufen ist, sind wir sehr unzufrieden.*

Das kann ich sehr gut verstehen. Laden Sie möglichst bald die Schulleitung zur gemeinsamen Sitzung ein mit dem TOP Gliederungspläne. Der Personalrat macht in der Sitzung der Schulleitung deutlich, dass er die erlebte Vorgehensweise nicht akzeptieren kann und für die folgenden Statistiktermine ein gut geordnetes Verfahren haben will. Sie könnten Folgendes miteinander verabreden:

- a) Direkt nach der Meldung der ADD - die Datei für die Schule für die Erhebung der Herbststatistik (des Vorläufigen Gliederungsplans) steht bereit – stellt die Schulleitung dem ÖPR eine Kopie dieser elektronischen Datei per USB-Stick zur Verfügung. (Sie haben so die Chance zu erkennen, welche Daten erhoben werden und mitzuteilen sind.)
- b) Eine Woche vor Abgabetermin erhält der ÖPR per USB-Stick den Entwurf der Statistik-Meldung mit einem Termin-Vorschlag für die notwendige Erörterung mit dem ÖPR.
- c) Der ÖPR bereitet sich mittels Durchsicht des Entwurfs auf die gemeinsame Erörterung vor.
- d) In der Erörterung werden alle Fragen geklärt und Hinweise besprochen. Soweit die Schulleitung den Änderungsvorschlägen des ÖPR folgt, werden diese eingearbeitet.
- e) Die Endfassung erhält der ÖPR in Kopie per USB-Stick.
- f) Erst danach erfolgt die Unterschrift. Soweit abweichende Positionen des ÖPR vorhanden sind, ergeht eine schriftliche Meldung an die ADD und ergänzend an den BPR.

### Informationsrecht des ÖPR

*Erst durch den Vorläufigen Gliederungsplan haben wir als ÖPR erfahren, dass Versetzungsanträge und Änderungen von Teilzeitemfängen vorliegen. Wir sind der Meinung, der ÖPR hätte früher informiert werden sollen.*

Das Landespersonalvertretungsgesetz sieht in § 69 Abs. 2, Satz 1 vor, dass der ÖPR zur Durchführung seiner Aufgaben fortlaufend, rechtzeitig, umfassend und anhand der Unterlagen von der Dienststellenleitung zu unterrichten ist. Die ADD hat den 01.02. eines Jahres vorgegeben für Anträge auf Versetzung, Teilzeit, Altersteilzeit u.Ä. Vereinbaren Sie doch mit der Schulleitung schriftlich, dass über die Anträge, die sie bis zu dem o.g. Datum

erhält, aber auch über entsprechende Anträge, die sie später erhält, der ÖPR umgehend informiert wird. Diese umgehende Information dient auch dazu, miteinander beraten zu können, welche Stellungnahme zu den jeweiligen Anträgen abgegeben werden soll. Die Anträge richten sich ja an die ADD, und die Schulleitung ist aufgefordert, der ADD zu jedem Antrag sachdienliche Hinweise zu geben.

### Schuletat

*Mehrere Kollegen und auch ich selbst bemängeln die Intransparenz der der Schule zur Verfügung stehenden Finanzmittel. Mitte März teilte die Schulleitung per Aushang mit: Der Schule stehen 10.000 € zur Verfügung. In den nächsten Wochen werden Kolleginnen und Kollegen zur Schulleitung gehen und Bitten vortragen.* Der Schulträger ist verpflichtet, für die Schule Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Die gesetzlichen Grundlagen finden sich im Schulgesetz, insbesondere in den §§ 74, 75, 85, 88. Für den Schulträger ist das Haushaltsjahr das Kalenderjahr und nicht wie in der Schule das Schuljahr. In der Regel berät der Schulträger im Herbst über Maßnahmen und Finanzmittel für das kommende Kalenderjahr. Die Schule sollte kurz vor oder nach den Sommerferien (je nach den örtlichen Gegebenheiten) dem Schulträger schriftlich mitteilen, welche konkreten inhaltlichen und finanziellen Anforderungen sie für das kommende Haushaltsjahr hat. Dieser Beantragung sollen Anforderungen durch die Fachkonferenzen und ein Beschluss durch die Gesamtkonferenz vorangehen.

Der Rat des Schulträgers entscheidet und beschließt über die Bereitstellung von Finanzmitteln auf der Basis der Empfehlung des Schulträgersausschusses.

Nach Bereitstellung der Finanzmittel durch den Schulträger werden diese auf der Basis der Anforderungen der Fachkonferenz und des Vorschlagsrechts der Gesamtkonferenz durch die Schulleitung verteilt.

Es wird empfohlen, genau darauf zu achten, dass es zwischen den Anforderungen und den Ausgaben eine sehr hohe Übereinstimmung gibt.

### Beamtenbesoldung:

#### **Erfolg für DGB-Gewerkschaften: Land will Besoldungslücke schließen!**

Die Landesregierung hat Anfang Juni angekündigt, einen Schritt in die richtige Richtung tun zu wollen, um den bestehenden Rückstand des Landes bei der Besoldung der Beamtinnen und Beamten aufzuholen. Dazu soll die Besoldung in den kommenden zwei Jahren – zusätzlich zur Übertragung der Tarifergebnisse – um jeweils zwei Prozent angehoben werden. Dies wurde im Rahmen der Beratungen zum Doppelhaushalt des Landes 2019/2020 bekannt.

Dazu sagt Dietmar Muscheid, Vorsitzender des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland in einer aktuellen Pressemitteilung: „Das ist eine gute Nachricht für alle Beamtinnen und Beamten im Land. Wir freuen uns, dass die Landesregierung unserem Vorschlag folgt und bei der Besoldung zusätzlich zur Übertragung der Tarifergebnisse etwas obendrauf legen will. Nur so lässt sich der aktuell bestehende Besoldungsrückstand gegenüber den anderen Bundesländern verringern. Mit dieser Entscheidung wird es zukünftig leichter, unsere gut ausgebildeten Beamtinnen und Beamten im Land zu halten.“ *dgb*

### Tag der frühkindlichen Bildung 2018

## Kinder brauchen Kinder - Altersmischung in der Kita

In den letzten Jahren wurden in Deutschland über 500.000 neue Plätze für Krippenkinder geschaffen. Qualitative und pädagogische Aspekte hat man dabei oft nach und nach vernachlässigt.

Befördert durch das Landesprogramm „Zukunftschance Kinder - Bildung von Anfang an“ begann in den meisten Kindertagesstätten erstmals die Aufnahme von Kindern unter drei Jahren. Die im Kindertagesstättengesetz von Rheinland-Pfalz benannten Gruppenstrukturen wurden dabei nur zum Teil auch so in die pädagogische Praxis übernommen.

Viele Einrichtungen fanden ihre eigenen konzeptionellen Lösungen wie altersähnliche Nest- oder Startergruppen, wenn die Betriebserlaubnis geöffnete Kindergartengruppen oder Kleine Altersmischungen auswies. Damit wurden in den vergangenen Jahren vielfältige Erfahrungen gesammelt und die Konzepte weiterentwickelt. Mit Prof. Dr. Wiebke Wüstenberg (Frankfurt University of Applied Sciences) und Dr. Joachim Bensel (Forschungsgruppe Verhaltensbiologie des Menschen, Kandel) kommen zwei der führenden ForscherInnen zum Tag der frühkindlichen

Bildung, um über aktuelle Ergebnisse aus Studien zur Altersmischung zu informieren und damit wertvolle Impulse zur Weiterentwicklung der pädagogischen Praxis zu geben.

*Termin: 26.09.2018, 09:00 - 16:00 Uhr  
Veranstaltungsort: Universität Koblenz-Landau, Campus Koblenz, Großer Hörsaal  
Universitätsstraße, 1, 56070 Koblenz  
Teilnahmebeitrag: GEW-Mitglieder keinen, Nichtmitglieder 20 €  
Anmeldung über [www.gew-rlp.de](http://www.gew-rlp.de) bei „Fortbildungen“*

## GEW verleiht Preis bei Lateinwettbewerb

Am 15. März fand in der IGS „Gerhard Ertl“ in Sprendlingen die Preisverleihung des 2. Landeswettbewerbs für Latein IV, Certamen Rheno-Palatinum, statt.

Dieser Landeswettbewerb möchte den Schülerinnen und Schülern, die erst in der Oberstufe Latein als neu beginnende Fremdsprache belegen, eine Plattform bieten, um ihre Kenntnisse zu dokumentieren. Dabei wird einerseits die Übersetzung eines lateinischen Textes verlangt, daneben aber auch der Bogen zu einer aktuellen politischen Frage geschlagen. Im aktuellen Wettbewerb lag der Schwerpunkt auf „Europa“.

Die Jury unter der Leitung des Kollegen Hans-Joachim Pütz von der IGS Rockenhausen hatte als Übersetzungstext einen

Redeauszug von Enea Silvio Piccolomini, dem späteren Papst Pius II., aus dem Jahr 1454 ausgewählt und daneben die Rede von Bundespräsident Gauck zu Perspektiven der europäischen Idee vom 22. Februar 2013 gestellt. Zu diesen Texten erhielten die Wettbewerbsteilnehmer/innen drei Arbeitsaufträge sowie eine sehr umfassende und informative Materialsammlung von 10 Seiten, anhand derer sie ihre Überlegungen zu dem Europa der Gegenwart und der Zukunft formulieren konnten.

Die Jury, in der neben Hans-Joachim Pütz Herr Dr. Sundermann aus dem Bildungsministerium sowie die Kollegen Wilms (Gymnasium Bad Sobernheim), Scheuba (IGS Sprendlingen) und Frau Dr. Boerckel

(IGS Wörrstadt) mitgearbeitet haben, hatte die schwierige Aufgabe, die Preisträger zu bestimmen, die dann in einer Feierstunde geehrt wurden.

Die GEW Rheinland-Pfalz unterstützt diesen Wettbewerb, indem sie einen Preis ausgeschrieben hat für die beste interpretatorische Leistung. Diesen Preis gewann Manuel Klingbeil von der IGS Rheinzabern, der bei dieser Feier den Preis mit einer Urkunde aus den Händen des GEW-Kollegen Rudolf Blahnik entgegennahm.

Weitere Preisträger waren Annemarie Maler von der IGS Enkenbach-Alsenborn (Erster Preis), Cassandra Grzonkowski von der gleichen Schule (Zweiter Preis), Rebecca Hinkel von der IGS Rockenhausen (Dritter Preis) sowie Humphry Schmiel von der IGS Wörrstadt (Sonderpreis Übersetzung).

rb

## Datenbasiertes Schulleitungshandeln

Heft 1/2018 der von der GEW herausgegebenen Zeitschrift „Die Deutsche Schule“ befasst sich mit „Datenbasiertem Schulleitungshandeln“, das in den USA bereits wesentlich verbreiteter ist als in Deutschland, Deshalb stammen zwei der Beiträge aus diesem Kontext: Rick Mintrop und Erin Coghlan (Berkeley) zeigen, welche Art von Daten in den USA wie genutzt wird und welche Rolle dabei der Schulleitung und den Behörden zukommt. Esther Dominique Klein (Duisburg-Essen) berichtet, wie Schulen in schwieriger Lage

in Kalifornien mithilfe von Daten erfolgreich arbeiten, und erörtert, inwiefern diese zu einem Klima der „Machbarkeit“ beitragen können. Katharina Kronsfoth (München), Tanja Graf (Mainz), Barbara Muslic und Harm Kuper (Berlin) fragen anhand von Schulleitungsbefragungen zur Nutzung von Vergleichsarbeiten (VERA 8) nach dem Zusammenhang zwischen Führungsdimensionen (direktiv, diskursiv, delegativ) und dem erfolgreichen Umgang mit Daten.

Neben dem Schwerpunkt behandeln David J. Connor (New York) und Hans-Werner Johannsen (Tarp) Aspekte des inklusiven Unterrichts: ersterer Herausforderungen für die Lehrerbildung, letzterer Ursachen der Schwierigkeiten in Deutschland; er diskutiert eine sog. „Akzeptanzschwelle“ und schlägt einen Neustart vor.

Die DDS kann online – auch einzelne Artikel – und gedruckt bezogen werden. Abstracts zu den Beiträgen sowie Bestellmöglichkeiten unter: [www.dds-home.de](http://www.dds-home.de).

Sylvia Schütze

## Kreis Worms-Alzey-Frankenthal

### „Eure langjährigen Beiträge ermöglichen Gewerkschaftsarbeit!“

„Viele gewerkschaftlichen Forderungen sind komplex und deren Durchsetzung erfordert einen langen Atem“, so der Kreisvorsitzende Christian Diehl in seiner Begrüßung der JubilarInnen und weiterer Mitglieder bei einer Mitgliederversammlung der GEW Worms-Alzey-Frankenthal im Wormser Hagenbräu. „Ihr habt die Arbeit der GEW durch eure langjährigen Beiträge erst möglich gemacht.“

Die Mitgliederversammlung startete mit dem szenischen Spiel „Flucht“ der Nordpfälzer Puppenbühne Borzelkaschde. Doch was geschieht, wenn die Menschen die Grenzen überwunden haben, wie gelingt Integration? „Integration ist eine langfristige Gesellschaftsaufgabe, Grundlage ist der Spracherwerb, soweit besteht Konsens“, so der Kreisvorsitzende. Dann legte er die Finger in die Wunde der rheinland-pfälzischen Bildungspolitik: „Sachgrundlose Befristungen sind für die engagierten und meist gut ausgebildeten Sprachförderlehrkräfte unmenschlich und in der Sache schädlich. Nach zwei Jahren endet das Engagement, und die Lehrkräfte ziehen in die benachbarten Bundesländer weiter. Verlässliche Personalplanungen der Schulen und der ADD werden unmöglich gemacht.“ Diehl forderte die Einrichtung eines Einstellungskorridors für diese Lehrkräfte.

Die Mitglieder gedachten in einer Schweigeminute des kürzlich verstorbenen ehemaligen Kreisvorsitzenden und Schulleiters Gerhard Rauschkolb. Nach Vorstands- und Kassenbericht stand der Vortrag der Fachbereichsleiterin der Wormser VHS, Sarah Mühleck, „Analphabetismus in der Gesellschaft – Möglichkeiten der Intervention“ auf der Tagesordnung. In einer anschließenden offenen Aussprache setzten sich vor allem die anwesenden Lehrkräfte mit ihrer Rolle bei der Alphabetisierung auseinander. Der feierlichen Überreichung der Urkunden samt Ehrennadeln in Silber oder Gold an die Jubilarinnen und Jubilare schloss sich ein geselliger Austausch bei Wein und Bier sowie rheinhessischen Tapas an.

pm



Der Kreisvorsitzende Christian Diehl gratuliert Jürgen Bergmann zu 55 Jahren Mitgliedschaft sowie den weiteren Jubilarinnen und Jubilaren.  
Foto: Jonas Priester-Rheinganz

## Kreis Südpfalz

### Karl-Heinz Seibel –

### „Das Gesicht der GEW Südpfalz“ wurde 90

Den 20.4.2018 hatte sich der Kreisvorstand der GEW Südpfalz im Kalender „dick angestrichen“ – Karl-Heinz feierte seinen 90. Geburtstag. Da durfte und wollte der Kreisvorstand der GEW im Kreis der Gratulanten nicht fehlen, zumal Karl-Heinz für viele KollegInnen das „Gesicht“ der GEW in der Südpfalz war und auch immer noch ist.



V.l.n.r.: Maria Hammer, Vorsitzendenteam, Karl-Heinz Seibel, Bärbel Detzel, Fachgruppe soz.päd. Berufe, Detlef Kirschnik, Kreisrechner

Es gibt nicht viele Mitglieder, die so lange Zeit aktiv in der GEW mitgearbeitet haben. Bereits bei der Gründungsversammlung des pfälzischen Lehrervereins am 19.11.1949 in Kaiserslautern war Karl-Heinz Seibel anwesend. Geworben wurde er mit den Worten „Männel, bist du schon in der Pfälzischen Pensionsan-

stalt versichert und im Pfälzischen Lehrerverein?“ Nach einer so persönlichen Einladung wurde er 1951 Mitglied und hat den Weg von der Standesorganisation der Lehrkräfte zur Bildungsgewerkschaft aktiv unterstützt. Sein persönlicher Berufsweg und das gewerkschaftliche Engagement waren für Karl-Heinz immer eng miteinander verbunden. Zusammen mit den KollegInnen vor Ort wollte er mit der Gewerkschaft die Schule verbessern. Seit den 50er-Jahren war Karl-Heinz als Kreisrechner tätig. Später unterstützte er die GEW als stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer, sozusagen „das Mädchen für alles“ im Kreisverband. Dass er dies gerne getan hat, konnte man spüren, wenn man mit ihm zusammenarbeitete. Wichtig war ihm lange Zeit die Seniorenarbeit. Er organisierte die Treffen, welche er auch selbst immer besuchte.

Seit 2017 hat sich Karl-Heinz aus dem Kreisvorstand zurückgezogen. Der Kontakt besteht jedoch noch weiter. Der Kreisverband Südpfalz gratulierte Karl-Heinz zu seinem Ehrentag, dankte für jahrelange Unterstützung und gute Zusammenarbeit. Er wünschte dem Jubilar noch viele gesunde und schöne Lebensjahre im Kreise seiner Familie.

mh

## Impressum GEW-ZEITUNG Rheinland-Pfalz

(126. Jahrgang)

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rheinland-Pfalz, Dreikönigshof, Martinsstr. 17, 55116 Mainz, Tel.: 0 6131 28988-0, Fax: 0 6131 28988-80, www.gew-rip.de, E-mail: [gew@gew-rip.de](mailto:gew@gew-rip.de)

Redaktion: Günter Helfrich (verantwortl.),

Dr. Paul Schwarz, Antje Fries, Karin Helfrich, Jonas Priester-Rheinganz

Redaktionsanschrift: GEW-Zeitung Rheinland-Pfalz, Postfach 22 02 23, 67023 Ludwigshafen, Tel.: 06 21 564995, Mobil: 0172 2775243, E-mail: [gunter.helfrich@gew-rip.de](mailto:gunter.helfrich@gew-rip.de)

Verlag und Anzeigen, Satz und Druck: Verlag Pfälzische Post GmbH, Winzinger Str. 30, 67433 Neustadt a.d.W., Tel.: 06321 80377; Fax: 0 6321 86217; E-mail: [vpp.nw@t-online.de](mailto:vpp.nw@t-online.de)

Manuskripte und Beiträge: Die in den einzelnen Beiträgen wiedergegebenen Gedanken entsprechen nicht in jedem Falle der Ansicht des GEW-Vorstandes oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder zugemailte Daten wird keine Gewähr übernommen.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten; für Nichtmitglieder jährlich Euro 18,- incl. Porto + MWSt. (Bestellungen nur beim Herausgeber.) Kündigung 3 Monate vor Ablauf des Kalenderjahres. Im anderen Falle erfolgt stillschweigend Verlängerung um ein weiteres Jahr.

Anzeigenpreisliste Nr. 15 beim Verlag erhältlich. Redaktionsschluss: jeweils der 1. des Vormonats.

## Kulturgeist

## Der Weg zum Ruhm

## Gabriele Frydrych

Im Theater treffe ich einen ehemaligen Kollegen. „Na, du kannst doch sicher von deinen Tantiemen leben!“, behauptet er. Ich grinse. Klar, ich schwimme im Geld, seit ich für ein paar Zeitschriften schreibe, einmal im Fernsehen auftreten durfte und meine drei Bücher gierig auf Kunden warten. Ich habe eine Villa in der Toscana, einen jungen Butler und eine Literaturagentin. Das glaubt mir der Kollege sofort. Dass ich pro Taschenbuch ganze vierzig Cent bekomme, wird er mir hingegen nicht abnehmen.

Es beginnt vor Jahren aus reiner Wut. Ich bin zu einem weihnachtlichen Empfang einer Literaturstiftung eingeladen. Finde mich zwischen Kinderfunkredakteuren, Autoren, Schauspielern, Synchronsprechern und anderen Künstlern wieder. Mitleidig hören die in der Vorstellungsrunde zu, wie ich mich als banale Lehrerin oute. Meine Kulturerlebnisse mit Schülerinnen und Schülern wollen sie schon nicht mehr hören. Ich bin ja keine Künstlerin, habe keine Ahnung vom „wahren Leben“, von Theater, Literatur und Kunst. Beim Essen produzieren sich alle mit ihren Verdiensten, ich schweige voll Ehrfurcht und verabschiede mich früh. Noch in der Nacht haue ich meinen Frust in die Tasten. Ich mag meinen Beruf, er ist vielseitig, oft anstrengend, und manchmal hätte ich gern ein wenig mehr Anerkennung dafür. Und nicht immer nur eins auf den Deckel, wie faul, verkalkt, unfähig und uralte Lehrkräfte sind. Der Text, in dem ich satirisch sämtliche Lehrerkliches bediene, erscheint in mehreren Zeitungen. Ich bekomme etliche Leserbriefe, zum Teil mit heftigen Vorwürfen, weil ich das miese Image der Lehrkräfte noch verschlechtert hätte. Eine Frau, die mit ihrem „Lehrerhasserbuch“ berühmt wird, klaut sich ein paar meiner markantesten Sätze und gibt sie als Realität wieder, leider so leicht abgeändert, dass man ihr juristisch nichts anhaben kann.

Eigentlich will ich gar nicht über Schule und Schüler schreiben. Mein erster Text, der erscheint, mokierte sich über Leute, die leidenschaftlich und detailliert von ihren Krankheiten erzählen – auch völlig Fremden und gern beim Essen. Aber die „Insider-Texte“ über Klassenfahrten, Pubertätsprobleme, Elternabende,

Konferenzen, soziopathische Schulleiter, missglückte Unterrichtsstunden, diktatorische Hausmeister und „außerschulische Experten“ kommen am besten an. Etliche Lehrerverbände quälen ihre Leserschaft seit 20 Jahren mit meinen Schul- und Bildungsglossen. Der Schulleiter ruft mich nach dem allerersten Artikel zu sich und verbietet mir streng, über seine Schule zu schreiben. Ich verspreche es hoch und heilig. Und amüsiere mich, dass viele Leute jedes Detail in den Texten für die Wahrheit halten. Dass ich zum Beispiel sechs Richtige im Lotto habe, daraufhin meinen Haushalt auflöse und dem Schulleiter zum Abschied die Glatze kraule. Meine Mutter hat Angst, dass ich mit meinen Satiren Ärger bekomme, der (bei dem seltenen Nachnamen) auch meinen Geschwistern schaden könnte.

Ich lerne, wie man sich bei Redaktionen möglichst originell „andient“, um überhaupt Gehör zu finden. Wie wohlwollend manche Journalisten auf Nachfragen reagieren: „Wir können mit Manuskripten die Wände tapezieren!“ – „Wann Ihr Text erscheint? Oh, der muss im Stehsatz gelandet sein.“ Und dort wird ihn vermutlich nie wieder jemand finden. Ich lerne mit den Jahren, dass Tageszeitungen nur mäßig zahlen und den Text trotzdem gern exklusiv wollen. Und dass Illustrierte sehr viel mehr Geld ausschütten können und Privatsender noch viel mehr. Ich reduziere meine Unterrichtsstunden und verdiene das fehlende Geld mit Schreiben. Optimal. Noch optimaler wäre, wenn alle Medien auch pünktlich bezahlen würden. Ich bin froh, dass ich meinen Lebensunterhalt nicht allein vom Schreiben bestreiten muss.

Redakteure redigieren. Natürlich werden einem die Änderungen vorher nur selten zur Begutachtung vorgelegt. Ich finde beim Erscheinen meiner Glossen Formulierungen, die ich selber nicht benutzen würde: „Sommer satt“ oder „Kann ich das so weiter kommunizieren?“ Eine Lektorin schummelt „pupertierende“ Gören in meine Buchankündigung. Das steht jetzt so im Internet und alle denken, ich bin es, die Pupertät von Pups ableitet. Peinlich. Ein Jungschnösel in der Bildungsredaktion streicht alle meine handverlesenen Adjektive. Vom Text bleibt ein humorloses Skelett übrig. Manchmal träume ich, dass meine Texte so radikal verändert werden, dass ich sie nicht wiedererkenne. „Du hast Probleme“, spottet der Gatte. Und als ich über das mäßige Honorar einer Zeitschrift klage: „Du würdest doch selber noch was zuzahlen, nur damit die dich abdrucken.“ Wie gemein. Ich bemerke, dass ich nicht allein bin. Um mich herum: überall Schriftsteller und Autoren. „Was macht eigentlich deine Frau?“, frage ich einen Jugendfreund. „Die schreibt gerade einen Roman.“

Vermutlich gibt es viel mehr Autoren als Leser.

Mehr als einmal erlebe ich, wie freie Mitarbeiter ruckzuck aussortiert werden, ohne dass die Chefredaktion es ankündigt oder auch nur die geringste Erklärung dafür abgibt. Aber dadurch habe ich nun endlich Zeit, den großen Familien- und Entwicklungsroman zu schreiben, auf den die ganze Welt wartet. Ich brauche dazu nur noch ein paar Mäzene, ein kleines Literaturstipendium, zum Beispiel in der Pfalz oder im Spreewald. Eine Literaturagentin habe ich schon!

